KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN
24 MAI. 1907

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 18.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 26. April bis 2. Mai 1907.

Posen, den 7. Mai 1907.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 80 der Gazeta Polska (Posen) vom 7. April 1907:

Die Saat geht auf? . . .

In der letzten Zeit hatten wir manchmal Gelegenheit, uns davon zu überzeugen, durch welch kräftiges und unzerreißbares Band die Geistlichkeit und das polnische Volk mit einander verbunden sind. Doch das ist ganz natürlich, denn wenn eine Sache, welche das Volk verteidigt, recht und gerecht ist, wenn sich ferner unsere Geistlichkeit nicht erniedrigen will zur Rolle eines gewöhnlichen Mietlings, dann muß sie die Sache des Volkes als ihre eigene betrachten und mannhaft für dieselbe einstehen.

So ist es auch geschehen.

Wir sahen und sehen auf den Anklagebänken alle Augenblicke unsere Priester und Familienväter dafür sitzen, daß sie die Rechte der polnischen Jugend verteidigt haben.

Das gemeinsame Schicksal hat sie mit einander vereint, und aus dem Munde unserer Priester vernahmen wir heiße Worte der Anerkennung und des Lobes für das mannhafte polnische Volk, und dafür ist das Volk bereit, für seine Geistlichen, für die Kirche und den heiligen Glauben jegliche Opfer zu bringen.

Indessen erfahren wir heute, daß in manchen Ortschaften der Streik abflaue, weil die dortigen Geistlichen das Volk vom Streik abzubringen suchen.

Wie konnte das geschehen? — Es drängt sich den Gedanken wider Willen die Angelegenheit auf, welche am Anfange dieses Jahres die Gemüter der Gesamtheit in Bewegung gebracht hatte, insbesondere war es der angeblich durch den Weihbischof Likowski an die Dekane zum Ausdruck gebrachte Wunsch, sie sollten auf die ihnen unterstellte Geistlichkeit dahin Einfluß ausüben, daß diese beginnen möchte, an der Niederdrückung des Schulstreiks zu arbeiten.

Sollte etwa das gegenwärtige Auftreten mancher Geistlichen gegen den Streik die Folge hiervon sein, sollte diese Saat heute aufgehen?

In der Besprechung dieser Angelegenheit müssen wir die größte Zurückhaltung bewahren, denn es ist bekannt, daß heute die Staatsanwaltschaft die Redakteure für jedes wärmere Wort vor die Gerichtsschranken führt, in dem sie ihnen Aufwiegelung zum Schulstreike vorwirft. Es handelt sich uns jedoch in diesem Falle nicht so sehr um den Streik als solchen, als um das Verhältnis der Geistlichkeit zum Volke, um den Bruch, den die gegen den Streik gerichtete Tätigkeit mancher Geistlichen in der gegenwärtigen Harmonie hervorrufen kann. Diesen Geistlichen bringen wir daher heute den Brief in Erinnerung, den einer ihrer Amtsbrüder im Februar dieses Jahres in unserer Presse veröffentlicht und darin die gegenwärtige Situation treffend dargestellt hatte. Dieser schätzbare Geistliche schreibt u. a. wörtlich folgendes:

„Die Geistlichkeit will bei dem Volke stehen und ausharren, und sie wird ihren Standpunkt trotz allem nicht ändern.

Das gewöhnliche Volk liefert alle Tage Beispiele dafür, wie es mit seinem ganzen Dasein die Grundsätze der Kirche liebt. Es ist jedenfalls nicht nötig, diese Beispiele aufzuzählen. Und sollte die Geistlichkeit schlechter sein als das Volk? Wenn es sich um das Wohl des Glaubens und der Kirche handelt, so ist es dem Priester nicht gestattet, ein passiver Zuschauer zu sein. Wollte er eine solche Rolle spielen, dann wäre er, nach der Äußerung des Erlösers, kein Hirte, sondern ein Mietling, welcher sieht .....

Aber sogar der Selbsterhaltungstrieb, die Rücksicht auf die Erhaltung der Autorität und der Bedeutung des Priesterstandes verlangen dasselbe von uns. Wir haben eine ehrenvollere und einflußreichere Stellung als unsere Brüder in Priesterwürden in so mancher anderen Gesamtheit. Denn man betrachtet uns als wahre geistliche Väter und Vormünder des Volkes. Wenn es sich jetzt herausstellt, daß wir durch die Drohung der Ungnade der Regierung eingeschüchtert, von der Sache unseres Volkes davonlaufen werden, dann wird angesichts der heute erwachten Kritisiersucht der Mantel der Verehrung seitens der Gesamtheit zweifellos von unseren Schultern herunterfallen. Man wird uns anspeien wie die Popen, welche aus dem Schweiße und den Blutstropfen des Volkes nur materiellen Nutzen zu ziehen verstehen, doch seine Last und seinen Schmerz nicht teilen wollen. Fürwahr, es wird das geschehen, was schon wo anders geschehen ist, daß der Geistliche kaum ein geduldetes Wesen in Kirche und Sakristei sein wird; darüber hinaus werden alle vor dem Priestergewande ausreißen und sich mit Widerwillen von ihm abwenden.

Aus alledem folgt, daß, woher auch die Signale zum Sinkenlassen der Hände kommen mögen, die Geistlichkeit von dem einmal gewählten, einzig richtigen Wege nicht abweichen kann — denn sie darf nicht abweichen. Unser Platz ist nicht auf der Seite der protestantischen Regierung, nicht zwischen der Regierung und dem Volke schwebend, sondern an der Seite des polnisch-katholischen Volkes, aus dem wir hervorgegangen sind, für welches wir Priester geworden sind und mit dem wir alle Schicksale teilen wollen, die uns Gott aufzuerlegen geruhen wird.

Schließlich sei bemerkt, daß der Kampf, welcher gegenwärtig auf unserer Erde geführt wird, nicht allein den Religionsunterricht und das Gebet in der Schule betrifft, sondern daß es sich um eine prinzipielle Sache handelt. Es ist das ein Kampf zwischen der Regierung und der Kirche, der die höchsten Gerichts- und Verwaltungsinstanzen jegliches Recht zu selbständigen Verordnungen auf dem Gebiete des Religionsunterrichts in der Schule absprechen, das Recht, welches die Kirche auf Grund der preußischen Verfassung für sich in Anspruch nimmt.

Der Staat stellte die Frage klar, klarer konnte er sie gar nicht stellen. Den Kirchenbehörden stehen zwei Möglichkeiten zur Wahl: Die Kirche muß entweder nachgeben und ein für allemal auf ihre Rechte bezüglich des Religionsunterrichtes in der Schule verzichten, oder aber sie stellt die Frage ihrerseits ebenfalls so klar, wie das der Staat getan hat. Die gegenwärtige Lage ist für die Kirche unmöglich. Die Versöhnungspolitik der Kirchenbehörden mit den Staatsbehörden hat den letzten Schlag, den Todesstoß erhalten.

Der Kampf hat den Kulminationspunkt erreicht, und die polnische Gesamtheit hat — wie der Kuryer Poznanski bei der Besprechung des Reichsgerichtserkenntnisses in Sachen des Schulstreiks treffend bemerkte — in dem Kampfe ihre Pflicht in jeder Hinsicht und in jedem Punkte erfüllt, indem sie mit ihrem blutigen Rücken die Kirche, deren Ansehen und Bedeutung, als auch das Ansehen und die Bedeutung der kirchlichen Behörden gedeckt hat. Mehr konnte und kann sie nicht tun.

Die Zukunft der Kirche und der Kirchenbehörden hängt in erster Linie nicht von der Gesamtheit, sondern von den Kirchenbehörden, von der Kirche selbst ab, auf die das preußische System sich mit seinem kolossalen Körper wälzt, um auf ihrem Boden die siegreiche Fahne des preußischen Staatsinteresses aufzupflanzen. Ob sich die Kirche unter dieser Bürde aufrichten wird, ob sich die kirchlichen Behörden den staatlichen Behörden gegenüber gewachsen fühlen werden — das wird binnen kurzem die Zukunft lehren.

Können angesichts alles dessen und in einem solchen Augenblick die Geistlichen sich in Gegensatz stellen zu den Wünschen und dem Willen des Volkes!

Aus Nr. 98 des Dziennik Poznański (Posen) vom 28. April 1907:

In Sachen der Schreibweise der Namen und Vornamen

erhalten wir aus dem Bureau des Vereins Straz nachstehende Mitteilung:

In Sachen der Eintragung der Namen und Vornamen im Standesamt erinnern wir die polnische Volksgesamtheit an zwei Grundsätze, an die sie sich streng halten muß:

1. Man muß den Kindern solche Vornamen geben, die der Standesbeamte nicht in die uns heute feindliche deutsche Sprache verdrehen kann. In jedem Hause muß sich ein polnischer Kalender finden, in welchem gewöhnlich ein Verzeichnis slawischer Vornamen enthalten ist; aus diesem können die Eltern dann die entsprechenden Namen aussuchen.

2. Bevor man die nötigen Angaben zu Protokoll gibt, muß man den Standesbeamten fragen, ob er gewillt ist, den weiblichen Namen mit der Endsilbe „ka" zu schreiben. Wenn die Standesbeamten, die den ausdrücklichen Befehl vom Minister erhalten haben, der polnischen Bevölkerung in den polnischen Landesteilen in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten zu machen, erklären, daß sie den Wünschen des Antragstellers nicht willfahren wollen, so muß man sofort das Standesamt verlassen.

Es empfiehlt sich auch, die Anmeldung nicht der Hebamme zu überlassen, sondern der Vater muß selbst vom ersten Augenblick an für den polnischen Charakter seines Kindes sorgen.

Bureau des Vereins Straz.

Dr. T. Jaworski.

Aus Nr. 95 des Dziennik Poznański (Posen) vom 25. April 1907:

Das Los der polnischen Eltern und der polnischen Kinder in Preußen.

Jedes Jahr fast in der neuzeitigen Geschichte ist für uns Polen reich an außergewöhnlichen Ereignissen, aber die letzten Jahre gehören zweifellos zu den bezeichnendsten. Der künftige Historiker wird in dieser Periode außergewöhnlich viel Material finden zur Beurteilung der Lage, in welcher die polnische Nation besonders im preußischen Anteil sich befindet. Die hakatistischen Vorfälle sind so zahlreich, daß die polnische Presse nicht imstande ist, sie zu registrieren. Darum wählen wir nur die wichtigsten.

Zu der ganzen Reihe von Tatsachen, welche unsere Verhältnisse illustrieren, kommt ein neuer Beitrag zur Beleuchtung des Loses der polnischen Eltern und des polnischen Kindes.

Die Sache betrifft die Marianna Sadka aus der königlichen Domäne Wojnowo Kr. Bromberg. Unser Korrespondent aus dem Kreise Bromberg schreibt uns in dieser Hinsicht:

Marianna Sadka ist geboren am 14. 2. 92, und erst im 16. Lebensjahre, d. i. am 14. April 1907 wurde sie aus der katholischen Schule in der königlichen Domäne Wojnowo entlassen. Zur ersten hl. Kommunion war sie schon i. J. 1904 zugelassen worden. Sie gehört zu den besten Schülerinnen, ist ein intelligentes Mädchen, 1,55 m hoch. Sie spricht gut deutsch, wohl gar geläufiger, als ich, der ich ein Reifezeugnis „befriedigend" habe.

„Weshalb hat man dich im verflossenen Jahre nicht aus der Schule entlassen?" fragte ich, worauf sie mir antwortet: „Ich habe beim letzten Examen nicht gewußt, wie man „verknüpft" noch anders im Deutschen ausdrücken kann!"

Ihre Mutter ist verkrüppelt und seit vielen Jahren bettlägerig. Der Vater, Johann Sadka, Ziegler in Smolary, meinte, man werde sich über ihn erbarmen und die Tochter vom Besuch der Schule bis zum 16. Jahre befreien, damit sie die kranke Mutter pflege. Er schrieb vom 1. April bis Oktober 1906 Bitten an alle möglichen preußischen Instanzen. Auch der Strazverein und das Bromberger Gericht befaßten sich mit der Sache, aber ohne günstiges Resultat. Johann Sadka verarmte, mußte die Kuh und die Hausgeräte verkaufen, um die Versäumnis in seiner Arbeit, die Kosten für die Bittgesuche, die Termine, die Beschwerden, die Prozesse, die Berufungen zu bezahlen.

Erst am 30. Oktober 1906 dekretierte der Herr Inspektor Maigatter mit dem Vorbehalt des Widerrufs, daß die Sadka, wenngleich sie vor dem 16. Lebensjahre urlaubsweise einstweilig entlassen werde, doch zum (deutschen) Gebet und zum (deutschen) Religionsunterricht gehen werde. Das einschlägige Schreiben lautet:

„Königl. Kreis-Schul-
Inspektion Bromberg II.
J.-Nr. 1548.

Bromberg, den 30. Oktober 1906.

Auf das Gesuch vom 10. d. Mts. Ihre Tochter Marianna wird unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs bis auf weiteres vom Schulbesuch beurlaubt mit der Maßgabe, daß sie an dem Religionsunterricht in der Schule teilnimmt. Schulrat Maigatter.

An den Maschinisten

Herrn Johann Sadke
Wahlstatt."

Johann Sadka, der, wie sein Taufzeugnis besagt, Sad**ka**, nicht Sad**ke** heißt, wandte sich auch an den preußischen Minister Herrn Studt. Darauf erhielt er von dem Inspektor Maigatter den Bescheid, er solle im Hinblick auf die gewährte Vergünstigung für seine Tochter (nb. für das Zurückbehalten bis zum 16. Jahre) erklären, wie er dazu komme, sich Sad**ka**, nicht Sad**ke** zu unterzeichnen.

Diese Antwort und der Vorwurf lauten:

Königl. Kreis-Schul-
Inspektion Bromberg II.
Nr. 1900.

Bromberg, den 21. November 1906.

Eine Bittschrift an den Herrn Minister vom 28. v. M. ist auch von Ihnen mit dem Namen Johann Sadka unterschrieben. Mit Rücksicht auf die Ihrer Tochter gewährte Vergünstigung inbetreff des Schulbesuchs wollen Sie sich darüber erklären, wie Sie zu der Unterschrift gekommen sind und ob Sie dieselbe aufrecht erhalten.

Maigatter, Schulrat.

An den Ziegelmeister
Herrn Johann Sadke,
Ziegelei Woynowo.

Am 29. November 1906 fordert Herr Maigatter, „Sadke" adressierend, nochmals in Sachen des Bittgesuchs an den Herrn Minister auf. Er fordert bis zum 7 Dezember die Erledigung der Sache betreffend die Unterschrift „Sadke," entgegengesetztenfalls droht er, er werde gegen die Kürzung des Schulbesuchs der Tochter des Petenten auftreten.

Hier jene Drohung:

Königliche Kreisschulinspektion
Bromberg West.
Nr. 1900.

Bromberg, den 29. November 1906.

Der Erledigung meiner Anfrage vom 21. d. Mts., J.-Nr. 1900, betreffend Ihre Unterschrift unter die Bittschrift an den Herrn Minister, sehe ich bis zum 2. Dezember d. J. bestimmt entgegen, widrigenfalls Ihrer Tochter die Verkürzung des Schulbesuchs entzogen werden muß. Schulrat Maigatter.

Herrn Ziegelmeister Sadke,
Ziegelei Woynowo
bei Wilhelmsdorf.

Sadka hat die Unterschrift seines Namens nicht geändert. Der Schulbesuch seiner Tochter wurde jedoch nicht bis zum 17. Lebensjahr verlängert, sondern am 1. April 1907 erfolgte die Befreiung.

Ein solches Los machen die Polen im Kreise Bromberg schon seit Beginn d. J. 1906 durch, als die polnischen Kinder noch nicht an den Streik dachten.

Marianna Sadka, die Eltern und ihre jüngeren Geschwister werden die Erinnerung an diese Vorfälle wohl tief im Herzen bewahren.

Aus Nr. 96 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 26. April 1907:

Es ist nicht erlaubt, Kinder, welche streiken, zu beschäftigen.

Der Besitzer der Herrschaft Wielkawies bei Buk, Herr Wladislaus Szubert, erhielt nachstehendes Dokument:

Abschrift!
Königliche Kreisschulinspektion.
J.-Nr. 875.

Neustadt b. P., den 19. 4. 07.

Nach Verfügung der Königlichen Regierung vom 14. April d. J. J.-Nr. 1870/07 II. Gen. St. bestimme ich hierdurch, daß Schüler, welche sich am Schulstreik beteiligen, oder welche sich weigern, deutsch zu beten und deutsch zu grüßen, nicht zum Rübenverziehen beurlaubt werden dürfen, solange sie in ihrem Widerstand gegen die Anordnungen der Schule verharren. Auch dürfen sie keine Hütescheine erhalten.

Der Kreisschulinspektor.
gez. Dr. Volkmann.

Es fehlen immer mehr Hände zur Feldarbeit, aber trotzdem wird es nicht erlaubt sein, Schulkinder mit dem Hüten des Viehs und mit Rübenverziehen zu beschäftigen.

Die Eltern der Kinder erleiden hierdurch Verluste, aber am meisten geschädigt werden die Ackerbauer, die Landwirte, die mit dem Schulstreik der Kinder nichts gemeinsam haben. Sie leiden also für fremde Schuld.

Unsere Abgeordneten werden sicher nicht verfehlen, den Landwirtschaftsminister und den Kultusminister zu befragen, wie diese darüber denken.

Aus Nr. 97 des Dziennik Poznański (Posen) vom 27. April 1907:

Eine interessante Episode aus dem Schulstreik in Obra bei Wollstein

Man schreibt uns:

Pelagia Mocek wurde im September 1906 14 Jahre alt. Zu Michaelis wurde sie aus der Schule nicht entlassen, weil sie die Religion nicht in deutscher Sprache gelernt hatte; aus demselben Grunde wurde sie auch am 1. April 1907 nicht aus der Schule entlassen. Das Mädchen hat keine Mutter und einen unzurechnungsfähigen Vater. Der Vormund des Mädchens ist der Dominialstellmacher. Pelagia Mocek ist in der Gemeinde Obra ortsangehörig, sie ist arm und besitzt absolut kein Vermögen. Bis jetzt ernährte und kleidete sie ihr Schwager aus Gnade und Barmherzigkeit, mit dem Augenblick jedoch, in welchem sie 14½ Jahre alt geworden war, verweigerte er ihr den ferneren Unterhalt, weil das Mädchen stark und kräftig ist, zu arbeiten versteht und außerdem mit einem Zeugnis der physischen Reife vom Arzt versehen ist.

Da sie keine Mittel hatte, um ihren Lebensunterhalt zu fristen und sich zu bekleiden, hörte sie mit dem Besuch der Schule auf und arbeitete auf Tagelohn, um ihren Lebensunterhalt zu fristen; nach den Osterfeiertagen wurde auf Anordnung der Behörde der deutsche Schulze delegiert (der der Gemeinde aufgenötigt worden war, denn den Polen hatte man wegen des Schulstreiks vom Amte entfernt.) Der Schulze und der Nachtwächter der Gemeinde hielten die Pelagia Mocek an und führten sie gewaltsam der Schule zu.

Das Mädchen saß bis 10 Uhr und ging während der Pause zum Lehrer, um ihn um ein Stückchen Brot zu bitten, da sie hungrig wäre. Der Lehrer schlug ihr

die Bitte ab. Pelagia Mocek zog sich an und ging nach Hause.

Am nächsten Tage eskortierten der Schulze und der Nachtwächter der Gemeinde die Pelagia Mocek wieder zur Schule, wieder bat sie in der Pause um Frühstück und gleichzeitig um eine größere Bank, weil sie absolut nicht in einer Bank sitzen könnte, in der sie nicht Platz finden könnte. Um 10 Uhr ging sie aus der Schule nach Hause. Gegenwärtig bedrohte der Lehrer ihren Vormund, den Dominialstellmacher, daß er mit Geldstrafen belegt werden würde, falls er die Pelagia Mocek nicht dazu bewegen würde, die Schule zu besuchen. Der Stellmacher begab sich zum Vormundschaftsrichter, um die Vormundschaft über das Mädchen, über das er keine Gewalt habe und in diesem Falle auch nicht haben wolle, abzugeben.

Interessant wird das Resultat dieser Angelegenheit sein. Die jüngeren Kinder rufen die Pelagia Mocek „Mama". Pelagia Mocek hat sich zum Schulbesuch bereit erklärt, falls sie den vollen Lebensunterhalt und Kleidung erhalten würde.

Das Mädchen wollte nicht anders handeln, weil es sonst der Hungertod in der Schule erwartet hätte.

Von dem weiteren Ergebnis werde ich dem Dziennik Poznanski Mitteilung machen.

Aus Nr. 97 des Orędownik (Posen)
vom 27. April 1907:

Der Schulstreik wächst.

Swierczyn, den 23. April.

In Swierczyn und in dem benachbarten Osiecznо hat sich nach den Osterferien die Zahl der streikenden Kinder erheblich erhöht. In Swierczyn selbst streiken alle Kinder, und der Lehrer muß das deutsche Gebet allein sprechen. Ostern sollten 19 Schüler aus der Schule entlassen werden, aber es wurden nur 8 entlassen, d. h. diejenigen, die das deutsche Gebet gesprochen hatten, ohne es überhaupt zu verstehen. Die übrigen müssen, wenn sie auch zu jenen gehören, die das Ziel erreicht haben, wegen ihres Widerstandes gegen den deutschen Religionsunterricht länger in der Schule bleiben. Die Kinder müssen Arrest absitzen.

Hier folgt in der Korrespondenz ein Absatz, der die strenge Bestrafung der streikenden Kinder, die Nennung der Namen derselben, die Zahl der Schläge auf die Hand usw. behandelt. Diese Details müssen wir aus bekannten Gründen fortlassen.

Aus Nr. 96 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 28. April 1907:

Zu einer vom Kuryer Poznanski veröffentlichten Korrespondenz, betreffend den Schulstreik in Swierczyn und Storchnest, bemerkt der Dziennik Kujawski folgendes:

Diese Korrespondenz übergeht die Einzelheiten über die strenge Bestrafung der streikenden Kinder usw., denn selbst die nackten Tatsachen werden zu Beleidigungen der Lehrer; diese sind unverletzlich, wenn es sich um ihr Verhältnis zu den polnischen Kindern handelt.

Derartige Einzelheiten sollten in den Spalten der englischen, französischen und italienisch n Blätter veröffentlicht werden, die der preußische Staatsanwalt nicht erreichen kann. Ebenso gut wäre es, wenn die galizische Presse, anstatt, sich lang und breit über die Niedermetzlungen der Juden in Rumänien und Rußland auszulassen, ihre Leser mehr über die Lage ihrer Brüder in Preußen informieren wollte. Das würde die dortigen polnischen Abgeordneten dazu führen, die Preußen besser kennen zu lernen, sie würden alsdann in den österreich-ungarischen Delegationen eine unserer nationalen Würde und den polnischen Interessen mehr entsprechende Haltung einnehmen.

Aus Nr. 97 des Orędownik (Posen)
vom 27. April 1907:

Przyprostynia, den 24. April.

In Przyprostynia bei Bentschen flaut der Schulstreik ab, denn im Frühjahr gebrauchen die Eltern die Kinder zur Hülfeleistung in der Wirtschaft und zum Hüten der Gänse. Ferner beschreibt unser Korrespondent, wie die Lehrer die Kinder in den Schulen titulieren.

Aus Nr. 96 des Lech (Gnesen)
vom 28. April 1907:

Ryszewo. Die hiesige Schule wird von 120 Kindern besucht. Von diesen lernen nur 7 die Religion deutsch.

Die hiesigen Wirte müssen alltäglich zum Schutze des Herrn Lehrers Smentkowski vor dem Schulhause Wache stehen, denn es hat jemand vor der Schule geschossen (es soll der Sohn des Herrn Smentkowski gewesen sein). Die Wirte müssen der Reihe nach wachen. Diejenigen, welche nur Vertreter stellten wurden bestraft. Der Landrat kündigte neulich an, daß sie nur noch 14 Tage Wache stehen sollten. Wenn sie sich gut führen würden, dann würde er sie in Gnaden von dieser Pflicht entbinden.

Seiner Zeit entsetzte die Behörde aus Anlaß des Schulstreiks den ganzen Gemeindevorstand seines Amtes. Als Ortsschulze wurde uns der einzige im Dorfe wohnende Deutsche aufgedrängt.

Aus Nr. 15 Dla naszej dziatwy (Beiblatt des Lech Gnesen)
vom 28. April 1907:

Lesenunterricht.

Was lieset du, Kleine?
Die Fibel, mein Herr.
In der Schule wird das nicht gelehrt.
Woher hast Du das polnische Lesen?
Ach, mein Herr, was denn schon wieder?
Gott gab mir doch eine Mutter! Diese lehret zugleich mit dem Beten ihr Kind lesen.
Obgleich sie manchmal vom frühen Morgen auf dem Felde sich befindet,
Findet stets einen Augenblick
Für mich mein liebes Mütterchen.
Es zeiget die Buchstaben,
Singt ein frommes Lied vor,
Lehret lieben, was unser ist:
Die Felder, Wiesen und Bäume.
Und warum, mein Herr,
Wisset ihr das nicht,
Daß heute in der ärmsten Hütte
Die Mutter ihr Kind unterrichtet?

Aus Nr. 15 Dla naszej dziatwy
(Beiblatt des Lech, Gnesen)
vom 28. April 1907.

Briefe unserer Kinder.

Gnesen.

Lieber Lech! Ich sende dir zunächst einen Gruß von unserer Hedwig, die mir sehr empfahl, an dich, kleiner Lech, zu denken, dich fleißig zu lesen und stets an dich zu schreiben. Indessen vergaß ich dich schon einmal. Ich verspreche dir, daß wir dir um so mehr treu bleiben werden, wenngleich auch die Gefängnisse drohen. Ich werde meine Schwesterchen und mein Brüderchen fleißig polnisch lesen und schreiben lehren. .....

Kleine Polin.

Lieber Lech! Ich kann mir's gar nicht mehr vorstellen, daß dich, lieber Leszek, die Gefängnisse wieder auf einige Wochen aufnehmen werden. Lieben dich denn diese Gefängnisse so sehr, oder hassen sie dich und beneiden sie dich, daß du uns so sehr liebst und daß wir dich lieben? Sie denken vielleicht, daß, wenn sie dich, lieber Leszek, uns fortnehmen, wir deiner vergessen werden. Das werden sie nicht erleben, denn obgleich wir auch noch kleine Kinder sind, so können wir doch schon empfinden und werden unseren Leszek, weil er für uns leiden muß, um so mehr lieben und für ihn beten. Ich werde auch mein Schwesterchen hübsch lesen und schreiben lehren, und wenn unser Leszek wieder aus dem Gefängnisse kommt, dann werden wir beide schöne Briefe schreiben.

Ich grüße den lieben Leszek herzlich. A.

Lieber Lech! Ich muß eine traurige Nachricht dir mitteilen. Zu Ostern bin ich nach der ersten Klasse versetzt worden, zum Frl. Boeck; am Montag hatten wir zum ersten Male deutschen Religionsunterricht. Mit Tränen in den Augen hörte ich diesem Unterricht zu. (Leszek muß einen Teil des Briefes streichen, denn die Gefängnisse drohen). Obgleich ich in der Schule deutsch antworte, so werde ich zu Hause zehnmal mehr polnische Religion, polnisch lesen und schreiben lernen. Für unseren teuren Propst Piotrowicz werde ich mit meinem Brüderchen alle Tage beten, damit ihm Gott helfen möge, die schwere Zeit im Gefängnisse zu überstehen. O Gott! Jetzt kommen so schöne Tage und die Maiandachten — und unser liebes Pröpstchen muß in den kalten Gefängnismauern sitzen. .....

Aus Nr. 92 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 23. April 1907:

Opoki, Kr. Hohensalza, den 18. April.

Bei dem Schulzen Biegala von hier erschien gestern der Distrikts-Kommissarius, um ihn dazu zu bewegen, seinen Kindern zu verbieten, in der Schule zu streiken. Herr B. ließ sich von dem Herrn Kommissar nicht überreden, verlangte vielmehr, daß seine Kinder als Polen ebenso wie er und seine Eltern nur polnisch lernen sollten.

Nach dieser Erklärung raffte der Kommissar seine sämtlichen Akten zusammen und reiste ab.

Was daraus noch entstehen wird, werden wir ja erfahren. Der Streik nimmt bei uns kein Ende, die Kinder sind widerspenstig geworden, und es nützen weder Bitten noch Drohungen; dagegen wächst die Erbitterung gegen die preußische Schule, welche uns mit Gewalt germanisieren will. Unser Korrespondent teilt uns mit, daß sogar die Pferde und die melkenden Kühe gegen die Schule drohend Front gemacht hätten und sie boykottierten. Das soll wohl bedeuten, daß nicht darauf reagiert wird, wenn der hiesige preußische Pädagoge die letzteren für seinen Gebrauch nötig hat. Weiter wird uns mitgeteilt, die hiesigen Landwirte hätten erklärt, ebenso wie die Geistlichen und die Redakteure der polnischen Zeitungen für den heiligen Glauben und die Muttersprache in das Gefängnis gehen zu wollen. **Vielfach hört man auch von den Leuten, welche bei Deutschen dienen, folgendes sagen: „Wenn uns das Gebet und unsere Religion nicht in polnischer Sprache gelehrt werden, dann werden wir in der Erntezeit streiken.** Wir werden dann sehen, wer weiter kommt.

Ein Vater.

Aus Nr. 93 des Lech (Gnesen)
vom 25. April 1907:

Der Widerstand gegen den deutschen Religions-Unterricht.

Schulstreikstatistik. Die Freunde und Leser unseres Blattes bitten wir um kurze, sachliche Informationen über den Stand des Schulstreiks. Von verschiedenen Seiten werden über das starke Zunehmen des Widerstandes Nachrichten verbreitet; sogar die uns feindlich gesinnten deutschen Zeitungen schreiben das. Das Recht, die Gesamtheit über den wahren Stand dieser Angelegenheit zu unterrichten, steht allein der polnischen Presse zu. Aus diesem Grunde wenden wir uns an die Leser mit der Bitte, uns sachliche Mitteilungen in dieser Angelegenheit zuzusenden.

Aus Nr. 99 des Wielkopolanin (Posen)
vom 30. April 1907:

Achtung vor den Agenten der Ansiedelungskommission.

Aus dem Bureau des Vereins Straz erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Im September 1906 war der Beamte der Ansiedelungskommission, Regierungsrat Köppel, in Bromberg und erteilte dem Ludwig Kronheim aus Bromberg und dem bei ihm befindlichen Adolf Powidzer aus Posen, Viktoriastr. 1, den Auftrag, polnische Wirtschaften in Kolaczkowo bei Wreschen durch sogenannte „polnische Schieber", wie sie im Jargon der Ansiedelungskommission genannt werden, anzukaufen.

Powidzer hat in der Person des August Wisniewski aus Gnesen einen solchen „Schieber" gefunden, und dieser hat für die Ansiedelungskommission von Herrn Kubiak dessen 80 Morgen große Wirtschaft in Kolaczkowo gekauft.

Aus Nr. 98 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 28. April 1907:

Lemberger Briefe.

Lemberg, den 25. April.

(Sokoltage.)

Wir werden also nicht nach Prag fahren. Die Einladung von czechischer Seite, nach traditionellem Gebrauche uns mit unserem Sokoltum an dem diesjährigen All-Sokoltag zu beteiligen, hat der Sokolbund ablehnend beantwortet.

Welches sind die Beweggründe für diese Haltung? Die öffentliche Meinung bei uns hat in den letzten Zeiten eine Art von Revision in Sachen der bisherigen

Sokoltage und allslawischen Zusammenkünfte und in Sachen unseres Verhältnisses zu den Czechen überhaupt vorgenommen und ist zu der Überzeugung gekommen, daß es besonderer Gründe, die gegen die Beteiligung an dem nächsten Sokoltage in Prag sprechen, gar nicht bedarf, da die Sokoltage und allslawischen Zusammenkünfte auch schon ohnedies ihren Zauber und ihre reale Bedeutung für uns verloren haben.

Sie hatten in Wahrheit niemals irgend welche positiven Argumente für sich. Wir haben uns die Czechen, Mähren, Slowenen u. s. w. angesehen, wir haben uns gefreut, daß sie eine ähnliche Sprache sprechen, wir haben uns geküßt und Toaste ausgebracht — aber eine tiefere reale Grundlage hatten diese Sokoltage nicht.

Es gab eine negative Grundlage, das war der gemeinsame Antagonismus gegen Deutschland. Die allslawischen Zusammenkünfte verkörperten die Idee der Vereinigung der Slawen zur Verteidigung gegen die Deutschen. Sie bedeuteten, daß, wenn auch die einzelnen slawischen Nationen einzeln dem Drucke seitens der Deutschen nicht die Stirn bieten könnten, sie dennoch zusammen, vereint, eine Macht bilden, die den Drang der Deutschen nach dem Osten aufhalten könnte. Es handelte sich hier um die Deutschen überhaupt, insbesondere aber um die deutschen Österreicher, die den Czechen ganz besonders unbequem und bedrohlich wurden.

Eine solche, wenn auch nur negative, Grundlage hätte auch für uns eine gewisse Art von Idee bilden können, indessen nur unter der Bedingung, daß erstens die slawischen Nationen auch in der Praxis den Deutschen wahrhaft solidarisch gegenübergetreten wären und zweitens, daß diese Zusammenkünfte nicht zu andern politischen Zwecken, die für uns schädlich waren, einberufen worden wären.

Man muß aber das behaupten, daß die Zusammenkünfte, sogar inbezug auf das Verhältnis zu den Deutschen in Österreich keinerlei praktische Konsequenzen mit sich gebracht haben. Im Staatsrate hatten die Polen an den Czechen nicht die erwünschten Verbündeten. Die Forderungen der polnischen Fraktion stießen, besonders in der letzten Zeit bei den Beratungen über das Wahlgesetz, auf den heftigsten Widerstand gerade der Czechen und ihres Führers des Dr. Kramarz. Das war kein zufälliger Konflikt. Die Interessen der Polen und Czechen gehen freilich im Grunde genommen auseinander. Die Czechen, die eine besser entwickelte Industrie haben als Galizien, bemühen sich, Galizien wirtschaftlich von sich abhängig zu erhalten und erschweren unsere Anstrengungen, die Industrie des Landes zu heben. Die Czechen, die die Isolierung im Staatsrate fürchten, falls Galizien abgesondert werden sollte, sind die erbittersten Gegner aller polnischen Errungenschaften, die die Selbstverwaltung Galiziens erweitern. Die Czechen, ich habe hier die herrschende jungczechische Partei im Sinne, haben auf das herrliche Streben nach einer politischen Selbständigkeit verzichtet und denken heute nur noch daran, durch die Erlangung eines möglichst großen Einflusses im Staatsrat den Deutschen das bisherige Regierungsmonopol zu entreißen und sie bemühen sich, ohne dem Zentralismus zu entsagen, gerade mit Hilfe des Zentralismus für sich und hauptsächlich für ihre Beamten jene Vorteile aus den andern österreichischen Kronländern an sich zu ziehen, die bisher ungeteilt den Deutschen zugefallen waren. Sie wollen, kurz gesagt, Österreich gemeinsam mit den Deutschen regieren. Schließlich kommen die Czechen mit uns in Schlesien in einen immer heftiger werdenden Grenzkonflikt.

Den wechselseitigen Zusammenkünften und Sokoltagen folgte in Österreich nicht die Praxis der slawischen Solidarität gegenüber den Deutschen. Sie folgte auch aus dem Grunde nicht, weil dieser slawischen Wechselseitigkeit eine sehr wichtige Sache fehlte, es fehlte namentlich die Aufrichtigkeit. Eine typische Erscheinung dieser Unaufrichtigkeit war die Unterstützung der Ruthenen durch die Tschechen gegen die Polen und dies sogar damals, als man an die Adresse der Polen die größten Liebenswürdigkeiten richtete. Besonders die letzte tschechische Versammlung, betreffend die ruthenische Frage, die sich in nichts von deutschen Versammlungen dieser Art unterschied und die gleichsam von den verleumderischen Artikeln der deutschen Presse begeistert war, deren antipolnische Resolutionen von der tschechischen Volksgesamtheit als berechtigt und billig anerkannt wurden, hat uns allen die Augen über die tschechische Unaufrichtigkeit weit geöffnet.

Da mit den Versammlungen und allslawischen Sokoltagen keine praktischen Folgen verbunden waren, hörten die österreichischen Deutschen auch bald auf, mit ihrer Bedeutung als antideutsche politische Demonstrationen zu rechnen. Die Tschechen verstanden es allerdings, diese Sokolfeste für ihre besonderen Interessen in ihrem Lande auszunutzen und besonders in Prag haben sie mit Hilfe derselben den Deutschen gegenüber ihre Bedeutung als Organisatoren und intellektuelle und moralische Leiter des slawischen Chors geltend gemacht. Aber in dieser Hinsicht konnten sie nur mit den tschechischen Deutschen rechnen.

Die zweite Bedingung, unter welcher diese Sokoltage für uns hätte möglich sein können, wäre, wie ich bereits gesagt habe, die gewesen, daß man die Sokoltage nicht einseitig für politische Zwecke, die uns fremd, oder, was noch schlimmer ist, uns feindlich sind, ausgeschlachtet hätte.

Auch diese Bedingung haben die allslawischen Sokoltage nicht erfüllt. Auf den von den Tschechen unter der Ägide und sozusagen unter dem Protektorat Rußlands veranstalteten Sokoltagen erlaubte man sich nicht nur Demonstrationen in Form des traditionellen „Boże caria chrani“, dessen Klänge die Polen mit schmerzlicher Erniedrigung anhören mußten, sondern man kennzeichnete auch von Zeit zu Zeit unzweideutig die politische Abhängigkeit der Polen und erwies dem amtlichen Rußland Ehrenbezeugungen. Es geschah dies wiederum hauptsächlich in der Absicht, gegen die Deutschen zu protestieren und brachte uns kein Resultat außer Demütigungen; dagegen hat es in der tschechischen und noch mehr in unserer Volksgemeinschaft politisch unerwünschte Folgen hervorgerufen, Disharmonie und Dissonanzen.

Die Sokoltage haben aufgehört, bei uns den früheren Enthusiasmus zu erwecken, der allerdings auch schon sehr mäßig war.

Demgemäß begriff man bei uns, daß die Sokoltage und Zusammenkünfte die Bedeutung antideutscher Demonstrationen verloren hatten, nachdem die Deutschen den wahren Wert jener Sokoltage erkannt hatten. Die Deutschen fürchten sich nicht vor unseren gemeinsamen antideutschen Demonstrationen, aber sie können sich vor unserer faktischen Kraft fürchten. Die Aufklärung der Volksmassen geht bei uns mit so schnellen Schritten vorwärts, unsere Nation gewinnt bei ihrer Entwickelung so viele reale Kräfte, daß sie schon aufgehört hat, sich nach allslawischen Demonstrationen umzusehen und in Zukunft mehr ihrer besonderen polnischen Politik vertraut.

Es handelt sich nicht darum, daß die gegenseitige Hilfe der slawischen Nation im Kampfe gegen die Deutschen ausgeschlossen sein sollte. Indem ich hauptsächlich über die Unterschiede gesprochen habe, habe ich natürlich nicht bemerkt, daß es Interessen gibt, die uns

und anderen slavischen Nationen gemeinsam sind. In den Fällen jedoch, in denen wir in diesen gemeinsamen Interessen, besonders gegenüber den Deutschen, mit den Tschechen zusammentreffen werden, werden wir uns auch ohne Sokoltage gegenseitig verständigen können. Der Unterschied wird nur der sein, daß die Verständigung aufrichtiger sein wird, weil wir lernen werden, uns gegenseitig besser zu schätzen.

Und gerade in dieser Hinsicht hat die Absage unseres Sokoltums einen sehr starken Eindruck gemacht. Man hat dort bemerkt, daß wir uns durch die bisherigen Phrasen nicht den Kopf verdrehen lassen, daß wir immer höher von uns denken und daß man mit uns nur dann gemeinsam gehen kann, wenn dies auch für uns vorteilhaft sein wird.

Die Absage unseres Sokoltums war ein guter, gehörig begründeter politischer Schritt.

Die Tschechen können sie in diesem Falle um so leichter verschmerzen, als der Bund die Absage damit begründet hat, daß sich unser Sokoltum in diesem Jahre auf den großen polnischen Sokoltag in Lemberg vorbereitet. Wir wollen, daß dieser polnische Sokoltag möglichst vorzüglich ausfällt. Imponierend wird er dann ausfallen, wenn unser ganzes Sokoltum aus ganz Polen erscheinen wird.

Korrespondent.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 51 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 27. April 1907:

Amtliche Bescheinigung.

Auf Grund der Besichtigung der Druckerei und der Durchsicht der Bescheinigung des Kaiserlichen Postamts in Graudenz sowie des Abonnentenverzeichnisses bescheinige ich, daß von der in Graudenz dreimal wöchentlich erscheinenden Gazeta Grudziondzka. im Monat März 1907

78800 Exemplare

gedruckt und herausgegeben worden sind, von denen mindestens

76511

an auswärtige Postanstalten versandt worden sind.

Graudenz, den 18. März 1907.

Heinrich Glogauer,
Justizrat, Notar im Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder.

Aus Nr. 50 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 27. April 1907:

Aus der Diözese

wird uns geschrieben:

. . . . . Ob in Pelplin solche Domherren gewünscht werden, die nicht sehen und nicht hören, aber alles unterschreiben, das weiß ich nicht; aber ich weiß soviel, daß der Herr Bischof die Domherrnwürde zuerst 5 Dekanen angeboten hat, von denen 4 Polen sind und einer als Pole gilt. Jedoch alle 5 haben die Annahme der Domherrnwürde abgelehnt. Weil aber die neuen Domherren durchaus aus der Mitte der Dekane ernannt werden sollten, und es in der Kulmer Diözese nur 26 Dekane gibt, hatte der Herr Bischof diesmal keine große Auswahl.

Aus Nr. 51 dir Gazeta Gdańska (Danzig) vom 30. April 1907:

Die revolutionäre polnische Presse.

Unter obiger Spitzmarke führt die Gazeta Gdanska in Beziehung auf den vom Abgeordneten von Kardorff im Landtage ausgesprochenen Wunsch, daß die Regierung der revolutionären polnischen Presse gegenüber geeignete Staatsmittel zur Anwendung bringen möchte, folgendes aus:

Ob der Abgeordnete von Kardorff die polnische Presse kennt, wissen wir nicht, doch wir wagen es zu bezweifeln. Es genügt nämlich nicht, einige aus dem ganzen herausgerissene Abschnitte kennen zu lernen, die aus polnischen Volkszeitungen stammen, welche sich einer dem Bedürfnisse des Lesers angepaßten Schreibweise bedienen, sondern man muß die polnischen Blätter ganz lesen, so wie es jeder Leser tut und erst dann ein Urteil darüber abgeben. Dazu muß man selbstverständlich Polnisch verstehen.

Die deutschen Übersetzungen geben, auch wenn sie noch so wortgetreu wären, das polnische Original nicht getreu wieder, was sich häufig an den polnischen Redakteuren vor Gericht rächt.

Ausdrücke wie: „Krwawa praca, Krwawa walka“ übersetzt jeder Deutsche in „blutige Arbeit, blutiger Kampf“ und erblickt darin eine schreckliche Ungeheuerlichkeit, während in Wirklichkeit der Verfasser, der es geschrieben hat und der polnische Leser, der diese Worte liest, sie vollständig anders verstehen und an Blutvergießen gar nicht denken. Solcher Beispiele könnte man mehr anführen.

Daraus geht hervor, daß bei der Übersetzung polnischer Artikel ins Deutsche diese Eigentümlichkeiten der polnischen Sprache berücksichtigt werden müßten, dann würden verschiedene Mißverständnisse und unzutreffende Beurteilungen der Sache vermieden werden.

Wir haben jedoch nicht die Absicht, mit Herrn von Kardorff zu disputieren. Es handelt sich für uns hauptsächlich darum, unseren geehrten Lesern in Erinnerung zu bringen, wie energisch und konsequent gewisse politische Parteien gegen die polnische Presse kämpfen.

Hieraus ergibt sich die Pflicht, unsere Blätter um so mehr zu unterstützen.

Aus Nr. 53 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 2. Mai 1907:

In Beziehung auf das projektiert gewesene

Enteignungsgesetz

schreibt die Gazeta Grudziondzka u. a.:

Es ist also etwas noch nicht Dagewesenes geschehen, daß die preußische Regierung seit undenkbaren Jahren ein angekündigtes neues Ausnahmegesetz, das den Polen neue Verfolgungen androhte, vorläufig nicht zur Durchführung gebracht hat.

Das ist doch ein wirkliches Wunder. Warum ist das geschehen? Das ist vorläufig nicht bekannt. In jedem Falle mußte dort hinter den Regierungskulissen etwas ungewöhnlich Interessantes vorgehen, was uns vor neuen Plagen und Verfolgungen bewahrt hat. Was das war, das wird uns die nächste Zukunft lehren.

Ob etwa die schwarzen Wolken, die sich über das Deutsche Reich zusammenziehen, ob etwa ein Kriegssturm, der dem deutschen Reiche von ferne droht, uns wenigstens augenblicklich vor Qualen und Martern bewahrt hat? . . . . . .

Tatsache ist es aber, daß die Lage des Deutschen Reiches seit undenkbaren Zeiten nicht so schwierig und gefährlich war, wie gegenwärtig.

Aus Nr. 52 der Gazeta Gdanska (Danzig) vom 2. Mai 1907:

Der neumodische Katholizismus.

In Magdeburg hat der Militärpfarrer Herr Krzesinski, der erfahren hatte, daß irgendwo die polnischen Eltern aufgefordert worden waren, die Wurst, die sie ihren beim Militär dienenden Söhnen schicken, in polnische Zeitungen einzuwickeln und auf diese Weise die Schmuggelei beim Militär zu gunsten der „großpolnischen Agitation" zu fördern, die Militärbehörden bewogen, die polnischen Soldaten daraufhin zu revidieren, ob sie nicht polnische Zeitungen haben. Die Revision hat stattgefunden und vielen Soldaten sind zahlreiche und „sehr gefährliche polnische Zeitungen" abgenommen worden, wie Pfarrer Krzesinski an den Minister geschrieben hat.

Mancher von euch, liebe Brüder, wird beim Durchlesen dieser Mitteilung denken, daß es wohl nicht möglich sein könne, daß ein katholischer Priester den Katholizismus mit der Regierungselle messen sollte. Leider ist die Mitteilung wahr, denn der Kriegsminister hat davon im deutschen Reichstage Erwähnung getan.

Pfarrer Krzesinski entstammt einer Familie, die polnisch war, und die ihren Sohn, den heutigen Militärpfarrer, polnisch erzogen hat. Zum Unglück hat der Sohn Deutscher werden wollen und er arbeitet auch sehr eifrig fürs Deutschtum. Seine deutsche Agitation hat seinerzeit sogar dem verstorbenen Erzbischof Herrn von Stablewski nicht gefallen, und Pfarrer Krzesinski hat infolgedessen dessen Erzdiözese verlassen und ist Militärpfarrer geworden.

Man sagt, daß die Regierung ihn gerne als Erzbischof in Posen sehen würde. Wir glauben es. Er würde dann seine polnischen Schäfchen sehr eifrig auf die deutsche Weide führen. Es ist nur die große Frage, ob sich der hl. Vater mit einem Kandidaten einverstanden erklären wird, der nicht nur Erzbischof der katholischen Seelen sein würde, sondern der auch gleichzeitig die Rolle eines Erzwächters der preußischen Kultur in den polnischen Landen spielen wollte. Er würde dann nicht nur die polnischen Zeitungen bekämpfen, sondern auch das polnische Gebet. Unsere polnischen Kirchen würden dann Anstalten der deutschen Dressur und die Geschäfte der preußischen Politik besorgen.

Pfarrer Krzesinski ist ein neuer Beweis dafür, wie sich im Menschen der katholische Charakter ändert, wenn er sich der Sprache seiner Väter entäußert hat.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 95 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 1. April 1907:

Zentrum und Polen in Oberschlesien.

Die Kölnische Volkszeitung schreibt u. a., daß in Oberschlesien das Zentrum und die polnische Partei bei gutem Willen eine Verständigung erzielen könnten, welche dort beiden Parteien zum Vorteil gereichen und leichter einen Ausgang aus den Wirrnissen der polnischen Frage finden würde, die dem Allgemeinwohl immer mehr schaden.

Hierzu bemerkt der Gornoślązak: Wir teilen vollkommen die Anschauungen der Kölnischen Volkszeitung. Von einer Verständigung mit den Zentrumsleuten haben wir viel und erschöpfend geschrieben. Auch die übrigen polnischen Blätter stehen dieser Frage wohlwollend gegenüber. Diesen Gedanken hat aber die unter dem Kommando des Erzpriesters Glowacki stehende Zentrale der Zentrumsgeistlichen verworfen. Wir halten indes dafür, daß das rege politische Leben und die Entwickelung der Verhältnisse sich stärker erweisen werden, als die Vorurteile der Zentrale und ihrer Anhänger sind. Was aber die Auffassung anlangt, daß die gemäßigten Elemente ihren Einfluß auf die polnischen Angelegenheiten eingebüßt hätten, so sind wir der Ansicht, daß viele Leute und, Blätter, die heut als Radikale reinsten Wassers gelten gegebenenfalls beweisen würden, daß diese Ansichten irrig waren. Die polnische Volksgesamtheit ist in dem Feuer des tobenden Kampfes gereift — das beweist die Entwickelung der polnischen Angelegenheiten im Auslande (d. h. außerhalb Preußens). Wir haben wirklich etwas aus der Geschichte gelernt, und wir wissen, daß wir stets noch etwas gewinnen, aber auch verlieren können, wovor uns Gott behüten möge!

Politische Ignoranz befindet sich nur auf der uns feindlichen Seite.

Aus Nr. 48 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 25. April 1907:

Die Abrechnung der Regierungsparteiler im Kreise Oppeln.

Im Anschluß an den Bericht über den Verlauf einer am 21. d. Mts. in Oppeln abgehaltenen Versammlung des deutschen Wahlvereins macht die Gazeta Opolska nachstehende Randglossen:

Aus dieser Versammlung gewinnen wir die Überzeugung, daß die Regierungsparteiler nicht nur fest auf ihre Kraft vertrauen, sondern daß sie überdies noch derart hochmütig sind, daß sie sich in die Angelegenheiten einer anderen Partei einmischen. Denn was geht es die Regierungsparteiler an, ob dieser oder jener Pfarrer den Zentrumskandidaten gewählt hat oder nicht, oder wie er als Vertrauensmann der Zentrumspartei seine Aufgabe gelöst hat! Das ist doch Sache der Zentrumspartei und nicht der Regierungsparteiler. Aber den Regierungsparteilern ist es schon eigen, daß sie jeden bespionieren und kontrollieren müssen. Diese Spionage und Kontrolle im Verein mit dem starken bei den Wahlen ausgeübten Drucke hat ihnen nur Stimmen eingebracht, und zwar leider von seiten des abhängigen, teilweise auch nicht genügend aufgeklärten polnischen Volkes. Ohne die Stimmen dieses Volks, das von deutschen Arbeitgebern, Förstern usw. abhängig oder auf die Gnade und Ungnade der Lehrer, Amtsvorsteher oder anderer Würdenträger auf dem Lande angewiesen ist, würden die Regierungsparteiler mit ihren „patriotischen" Stimmen bei weitem anders aussehen.

Die Herren Hakatisten haben also keinen Grund, zu prahlen. Die Reichstagswahlen sind, wie wir dies bereits in einem besonderen Artikel dargelegt, nicht so frei, wie sie es nach dem Gesetz sein sollten. Rücksichtslose Brutalität und rücksichtsloser Druck, der auch bei den Reichstagswahlen ausgeübt wird, feiern noch allzugroße Triumphe.

Übrigens stellt sich die Angelegenheit der jetzigen Wahlen im Vergleich zu den Wahlen im Jahre 1903 hinsichtlich der Abstimmung keineswegs so vorteilhaft dar, wie die Regierungsparteiler behaupten. Nach dem

Ratiborer Anzeiger bewies Herr Wedig, daß die Regierungsparteiler im Jahre 1903 für ihren Kandidaten (Landrat Lücke) nur 609 Stimmen aufgebracht hätten, während im Jahre 1907 zehnmal soviel (5925) Stimmen den Regierungskandidaten (Wedig) zugefallen seien.

Eine solche Berechnung ist fürwahr eine wahnsinnige Lächerlichkeit. Im Jahre 1906 haben nämlich einige Unzufriedene die Kandidatur des Landrats proklamiert. Es waren dies Evangelische, die einen evangelischen Kandidaten wählen wollten. Außerdem aber hatten sich die Regierungsparteiler mit einem Teil der deutschen Zentrumsleute vereinigt und den Grafen Ballestrem, der ihnen deutsch und regierungsfreundlich genug war, gegen den offiziellen Zentrumskandidaten Herrn Szmula gewählt. Dieser Mischmasch eroberte für Graf Ballestrem 4383 Stimmen, mithin zusammen mit den 609 Stimmen des Herrn Lücke beinahe 5000 Stimmen. Die wirklichen Zentrumsleute wählen zusammen mit dem polnischen Volke. Demnach gab es damals 5000 regierungsfreundliche Anhänger, während im Jahre 1907 trotz bei weitem größeren Druckes und verschiedener Brutalitäten gegenüber den Kandidaten der polnischen Fraktion nicht viel mehr Stimmen aufgebracht wurden. Welch ein Verhältnis! Damals (1903) wählten insgesamt nur 15 227 Wähler und jetzt (1907) mehr als 21 000 Wähler.

Die Prahlereien der Regierungsparteiler sind also ganz unbegründet, einfach lächerlich. Andererseits ist es doch aber bedauernswert, daß die Regierungsparteiler überhaupt bei allen Wahlen und zwar in jedem oberschlesischen Wahlbezirk ohne Ausnahme vom polnischen Volk soviel Stimmen erhalten, die ihre Reihen stärken. Das unaufgeklärte polnische Volk dreht sich auf diese Weise selbst den Strick und schadet seiner eigenen vaterländischen Sache, die hinwiederum das aufgeklärte Volk so wacker und unter sovielen Opfern verteidigt. Dagegen hilft nur das eine, daß wir die Aufklärung des unerfahrenen Volks nicht vernachlässigen, sondern es zum Lesen von Zeitungen anhalten, in ihm die Liebe zur Muttersprache wecken und es in jeder Unwissenheit belehren. Einzelne Personen können nach dieser Richtung hin nicht viel wirken. Das ganze aufgeklärte Volk soll sich zur Erfüllung dieser nationalen Pflicht gegen seine geistig hintangesetzten Brüder gedrungen fühlen.

Aus Nr. 85 des Głos Śląski (Gleiwitz) vom 26. April 1907:

Aufruf

an die polnisch-katholische Jugend beiderlei Geschlechts in Oberschlesien.

Den 29. Juni, am Peter-Paulfeste, findet ein Ausflug nach Krakau statt.

Durch Erfahrung belehrt, beschlossen wir, den diesjährigen Ausflug nach Krakau nicht an den Pfingstfeiertagen, sondern am Peter-Paulfeste zu veranstalten, weil die Teilnehmer besser befriedigt werden können, da kein so großer Andrang herrschen wird. Wir haben uns bereits mit einigen Personen in Krakau ins Einvernehmen gesetzt, die sich unserer gern annehmen und uns Nachtlager besorgen werden.

Wir werden die Kirchen besichtigen, deren es in Krakau viele gibt, z. B. die Kirche zur Jungfrau Maria, zum Fronleichnam, zum hl. Peter und Paul, zum St. Michael, zur hl. Katharina, die Bernhardiner-, Franziskaner- und Dominikanerkirche, die St. Andreaskirche, vor allem aber die Kathedralkirche auf dem Wawelberge, in welcher die Gebeine der polnischen Könige ruhen. Weiter können verschiedene nationale Sehenswürdigkeiten besichtigt werden, die jedem Polen teuer sind, nämlich: die Nationalmuseen der schönen Künste, der Familie Czartoryski, die Jagiellonische Bibliothek, der Kosciuszko-Hügel, der Park Jordans usw.

Wir werden auch Schritte tun, daß das Theaterstück „Die Schlacht bei Raclawice" aufgeführt werden wird.

Vorwärts also nach Krakau, Jünglinge und Jungfrauen, am Peter-Paulfeste, den 29. Juni 1907.

In jeder Gemeinde oder Parochie sollten sich solche finden, die sich für den Ausflug interessieren und dem Komitee mitteilen wollten, wieviel Jungfrauen und Jünglinge aus jedem Ort sich beteiligen werden, damit sich das Komitee mit Krakau in Verbindung setzen könnte.

Meldungen werden bis spätestens zum 20. Juni entgegengenommen.

Das Komitee.

Karl Piecha, Zaborze A. Johann Fusek, Uhrmachergehilfe bei Frau Latos, Zaborze A. Leo Piecha, Zaborze A.

Aus Nr. 52 des Polak (Kattowitz) vom 2. Mai 1907:

Betrifft polnische Ausflüge nach Krakau.

Aus Schlesien. Alle Komitees und die anderen Personen, welche während der Pfingstfeiertage an einem Ausfluge nach Krakau teilnehmen werden, setze ich in Kenntnis, daß am zweiten Pfingstfeiertage in der St. Josef-Kirche in Krakau, in welcher eine ewige Anbetung stattfindet, eine Andacht für den verstorbenen hochwürdigsten Herrn Erzbischof Florian v. Stablewski während des Hochamtes um 9 Uhr abgehalten werden wird.

Liebe Landsleute, ihr werdet Gelegenheit haben, in einer so schönen Kirche an dieser Andacht teilzunehmen, und es werden alle um möglichst zahlreiche Teilnahme ersucht, um zu zeigen, daß wir eine dankbare Erinnerung an unsere so wackeren Verteidiger, insbesondere gegen so hohe Würdenträger, wie der verstorbene Erzbischof v. Stablewski war, bezeigen.

Die ehrwürdigen Bernhardiner-Schwestern, unter deren Schutz sich die genannte Kirche befindet, werden dafür sorgen, daß jene Andacht möglichst feierlich verlaufen wird.

Ein polnischer Jüngling.

Aus Nr. 50 des Polak (Kattowitz) vom 27. April 1907:

Korrespondenz aus Zalenze.

Liebe Brüder und Schwestern aus nah und fern!

Ich setze euch in Kenntnis, daß, wie in früheren Jahren, so auch in diesem Jahre aus unserer Parochie während der Pfingstfeiertage eine Pilgerfahrt nach Czenstochau unternommen werden soll. Ich bitte euch, zahlreich zu derjenigen zu eilen, die wir Königin Polens nennen und die Jahrhunderte hindurch das Schild der Nation war. Wir leben in schweren Zeiten. Unsere Feinde stellen unserm Glauben und unserer Nationalität nach. Laßt uns nach dem Czenstochauer Klosterberg gehen, um unsere religiösen Gefühle und Überzeugungen zu erneuern. Zu ihm begaben sich Könige und Fürsten in ruhigen und schweren Zeiten. Gehen auch wir zu ihm um Hilfe, die uns sehr nottut. Aus Kattowitz werden wir Sonnabend, den 18. Mai, um 5 Uhr

früh, nach Herby abreisen, von wo wir zu Fuß nach Czenstochau pilgern werden. Die Kosten der Hin- und Rückreise mittels Bahn zusammen mit den anderen Auslagen zu Zwecken der Pilgerfahrt betragen 4 Mk. Eine Durchlaßkarte hat sich jeder bei seiner Polizeibehörde zu besorgen. Eine Durchlaßkarte kostet zehn Pfennig. Ich bitte, sich bei mir mündlich oder schriftlich zu melden und bei der Anmeldung sofort das Geld für die Fahrkarten zu hinterlegen, die ich einen Tag vor der Abreise kaufen muß. Meldet euch möglichst bald, denn ich muß die Bahnverwaltung benachrichtigen, wieviel wir fahren werden. Mögen sich Jünglinge und Jungfrauen ebenfalls zahlreich beteiligen.

Führer Josef Sitek, Zalenze,
bei Herrn Anton Tesarz,
Matthiasstr. 2, neben der Kirche.

Aus Nr. 53 des Polak (Kattowitz)
vom 2. Mai 1907:

Betrifft Pilgerfahrt nach Czenstochau.

Lipine. Ich teile mit, daß in diesem Jahre die Pilgerfahrt nach Czenstochau aus unserer Parochie am 11. Mai angetreten werden wird. Alle, die sich an dieser Pilgerfahrt beteiligen wollen, ersuche ich, sich bei dem Unterzeichneten beizeiten zu melden und es nicht bis zum letzten Tage aufzuschieben. Dies ist durchaus notwendig, weil die Bahnverwaltung verlangt, daß ihr die Zahl der Pilger mitgeteilt werde. Die sich Meldenden mögen sofort 2,80 Mk. für die Fahrkarten schicken oder selbst bringen. Am Tage des Antritts der Pilgerfahrt wird, wie üblich, eine hl. Messe vor sechs Uhr früh stattfinden. Um neun Uhr früh reisen wir vom Bahnhof in Beuthen nach Herby ab. Jeder Pilger muß sich von seiner Polizeibehörde eine Durchlaßkarte besorgen.

Franz Palubski,
Beuthenerstr. Nr. 27.

Aus Nr. 52 des Katolik (Beuthen O. S.)
vom 30. April 1907.

Brüder, Arbeiter!

Als wir uns in der zweiten Hälfte des verflossenen Jahres an euch wandten und euch die unumgängliche Notwendigkeit der Aufbringung genügender Mittel zum Bau eigener Versammlungssäle darlegten, in denen wir unsere Angelegenheiten frei besprechen und über unsere Bedürfnisse ungehindert beraten könnten, richteten wir zugleich auch die Bitte an euch, freiwillige Beiträge zu einem „Verbandshause" zu leisten. Dabei gaben wir uns der Hoffnung hin, daß unsere Bitte günstige Erfolge zeitigen würde, denn wir erwarteten, daß die Arbeiter diese Notwendigkeit in vollem Maße erkennen werden, da sie die Unbilden schwer empfinden, die ihnen durch die Beschränkung der Freiheit bei der Abhaltung von Versammlungen fortwährend zugefügt werden. Indes müssen wir heute mit Herzeleid bekennen, daß wir uns in unseren Erwartungen leider getäuscht haben. Unsere Erwartungen hinsichtlich der Opferwilligkeit unserer Arbeiter sind hinter der Hoffnung weit zurückgeblieben, und darum machen wir den bisher gesammelten kleinen Betrag nicht bekannt, denn er ist zu gering im Verhältnis zu dem notwendigen Fonds zum Ankauf eines Bauplatzes und zur Errichtung eines Gebäudes, das allen Anforderungen der polizeilichen Vorschriften entsprechen würde.

Liebe Brüder Arbeiter! Es ist wohl nicht ein einziger unter euch, der nicht enttäuscht gewesen wäre, wenn er in eine Versammlung kam, die entweder von der Polizei aus irgend einem Grunde aufgelöst oder unter deren Druck oder Einfluß der Saal vom Gastwirt verweigert wurde. Wir sahen wiederholt, welche Erbitterung und Entrüstung sich in solchen Fällen der Herzen der zahlreich versammelten Arbeiter bemächtigte. Und das waren nicht bloß seltene Ausnahmen, sondern die letzten Jahre haben uns überzeugt, daß die Vereitelung unserer Versammlungen zur Regel geworden ist, d. h. daß wir überhaupt nirgends Versammlungen veranstalten können, obgleich sich der Verband, wie aus seinen Satzungen hervorgeht, mit gar keiner Politik befaßt. Die ganze Schuld besteht darin, daß ihm polnische Arbeiter angehören. Wiewohl nun die überwiegende Mehrheit der Arbeiter in Oberschlesien polnisch ist und alle von diesen polnischen Arbeitern leben, nicht zum geringsten Teil auch die Gastwirte und Saalbesitzer, so behandeln uns gerade diese in einer unwürdigen Weise, denn sie verweigern uns, obgleich sie von uns leben und Geld nehmen, die Benutzung ihrer Säle zu Versammlungszwecken wegen verschiedener Drohungen und häufig aus Furcht vor der Polizei. Wenn die Gastwirte ohne Arbeiter leben müßten und nur auf die Einnahmen der Beamten und der Polizei angewiesen wären, auf die sie so sehr Rücksicht nehmen, so müßten sie nicht selten Hungers sterben. Mancher von ihnen wäre gezwungen, sein Geschäft aufzugeben. Diesen Umstand sollten die Arbeiter in Erwägung ziehen und solche Kneipen und Wirtshäuser meiden, in denen ihnen Geringschätzung und Hintansetzung zuteil werden. Leider geschieht aber das gerade Gegenteil. Noch ein sehr großer Teil der Arbeiter achtet darauf — Gott sei es geklagt — garnicht, sondern sie besuchen Orte und Lokale, in denen sie mißachtet werden. Dorthin tragen sie ihr schwer verdientes Geld, das für sie unwiederbringlich verloren ist und ihnen gar keinen Vorteil bringt. Wenn es nur ein oder zwei Mark wären, um die es ja an sich schade ist, weil sie zu einem bessern Zweck dienen könnten, aber sie verwenden monatlich dazu fünf, zehn und mehr Mark, die ihnen, wie bereits gesagt, gar keinen Nutzen bringen, sondern sie betrinken sich dafür, was eines ehrlichen Christen und Katholiken unwürdig ist. Wir sprechen dem Arbeiter keineswegs das Recht ab, etwas zu essen und zu trinken, möge er dies aber maßvoll tun, und es wird ihm soviel übrig bleiben, daß er für die gute Sache, die ihm doch am nächsten liegt, monatlich eine Kleinigkeit opfern könnte. Wir fordern doch von euch, Brüder, nicht zuviel, wir würden zufrieden sein, wenn jeder Arbeiter monatlich 10 oder 20 Pfennige beitragen würde, denn wenn er keine Einbuße erleidet, sofern er dem Gastwirt eine freiwillige Steuer von fünf, zehn oder mehr Mark zahlt, so wird er dies um so weniger fühlen, wenn er für seine eigene Sache, für sein eigenes Interesse und Wohl ein so kleines Opfer bringen wird. Wenn z. B. jeder von uns 11000 Mitgliedern einen Monatsbeitrag von 10 Pfennigen leisten wollte, so würde dies schon 1100 Mk. und bei 20 Pfennig 2200 Mk. ausmachen; in einem Jahre wären schon 13200 bezw. 26400 Mk. und in fünf Jahren 132000 Mk. aufgebracht, für die sich etwas machen ließe, und bei gutem Willen könnte der eine oder andere Arbeiter auch mehr geben, ohne eine Einbuße zu erleiden.

Und brauchtet ihr, liebe Brüder Arbeiter, bei einer mäßigen Opferwilligkeit solche Enttäuschungen und Geringschätzung seitens der Gastwirte zu erleben? Nein! Ihr hättet Versammlungssäle. Ihr könntet in Versammlungen frei und ungehindert gemeinsame Beratungen über euer Los unter eurem eigenen Dach pflegen, woraus euch niemand vertreiben würde. Ein großer Teil

der Arbeitgeber und Beamten ist euch übelgesinnt, die hakatische Presse behauptet fortwährend, daß es euch gut geht und daß ihr keinen Grund zu Klagen und Beschwerden habt. Ob dem so ist, darauf könnt ihr selbst die beste Antwort in gemeinsamen Versammlungen erteilen, die unter eigenem Dache veranstaltet werden können. Aber wie die Durchführung jeder guten Sache Opfer und Ausdauer erheischt, so geht es auch hierbei ohne diese nicht ab. Und da die Sache eilt und keinen Aufschub duldet, weil die Organisation infolge der Unmöglichkeit, Versammlungen zu veranstalten, empfindlich geschädigt ist, so wenden wir uns von neuem an euch, Brüder Arbeiter, mit der Bitte, uns mit regelmäßigen freiwilligen Beiträgen zum Bau eines Vereinshauses möglichst bald und reichlichst zu unterstützen. Nicht für einen andern, sondern für euch selbst werdet ihr sammeln, und das wird euch nur zum Nutzen gereichen. Wer schon etwas gegeben hat, soll sich damit nicht begnügen, sondern er soll weiter spenden, indem er dadurch andern ein gutes Beispiel geben und sie zur Nachahmung anspornen wird. Wer aber bis jetzt nichts gegeben hat, möge seine Saumseligkeit gut machen und sich nicht auf andere verlassen.

Jeder Arbeiter ohne Ausnahme soll es für seine strenge Pflicht halten, monatlich einen kleinen Beitrag von 10 oder 20 Pfennigen zu leisten, denn jeder ist dazu imstande, wenn er guten Willen und Verständnis für eine so wichtige Sache an den Tag legt. Wenn er sich monatlich eine oder zwei Flaschen Bier oder Zigarren versagt, wird er dies gar nicht spüren, und er wird dadurch zur Verbesserung seiner Lage beitragen. Spart dort, wo ihr sparen müßt, aber mit einer Opfergabe für das allgemeine Wohl kargen, ist einfach Nachlässigkeit, sogar Geiz und Selbstsucht.

Unter euch gibt es noch eine ansehnliche Anzahl solcher, die von der unentbehrlichen Notwendigkeit eigener Vereinshäuser sehr viel reden, aber sich auch nur darauf beschränken, denn sie haben bisher sehr wenig oder gar nichts gegeben. Mit leeren Worten hat bisher noch niemand ein Haus erbaut, mithin bedürfen wir nicht schöner Worte, sondern Taten, tätige Hilfe erwarten wir von euch, Brüder.

Sehr, sehr viele Unzuträglichkeiten unter den Arbeiterverhältnissen heischen Verbesserung, über die wir gemeinsam raten und taten müssen, — denn wir fühlen dies alle — und dies kann am erfolgreichsten in Versammlungen geschehen. Wie ist dies jedoch möglich, wenn man überall die Tür vor uns schließt? Werden wir in Anbetracht dessen mit verschränkten Händen warten, bis uns unsere „Busenfreunde“ erdrosseln? In einem solchen Falle wären wir eines besseren Loses nicht würdig. Nein! Wir wollen leben und werden leben, denn wir alle haben eine Daseinsberechtigung, und wir müssen dieses Recht entschieden verteidigen und fordern. Und da diese Aufgabe alle betrifft, so haben auch alle die heilige Pflicht, Hand ans Werk zu legen, indem wir diese Arbeit durch Opferwilligkeit und Solidarität unterstützen. Denn was würde es uns, Brüder Arbeiter, nützen, wenn wir für ganz Oberschlesien unsere Abgeordneten wählen und uns an einem solchen Siege berauschen wollten? Das wird nichts nützen, wenn wir selbst für uns nichts tun werden. Die Abgeordneten sind nicht dazu da, für uns alles, was uns vorenthalten wird, zu tun, sondern dazu, unsere Angelegenheiten in den gesetzgebenden Körperschaften vorzubringen und zu verteidigen, wir dagegen müssen danach trachten und das pflegen, was wir erreichen müssen, und das übrige tun die Abgeordneten.

Wenn alle Arbeiter, die bei den letzten Wahlen ihre Stimmen den polnischen Abgeordneten gaben, bisher monatlich nur 10 Pfg. gespendet hätten, wäre schon heute ein ansehnlicher Fonds vorhanden, mit dem man etwas in Angriff nehmen könnte.

Zur Besserung unserer schlechten Verhältnisse genügt es also nicht, diesem oder jenem Abgeordneten eine Stimme zu geben, denn das ist erst der Anfang zur weiteren Arbeit. Seht Euch nach niemandem um — denn von wem sollt ihr Hilfe erwarten? — Arbeiten wir vielmehr selbst aufrichtig, eifrig und ohne Aufschub an der Verbesserung unseres Loses. —

Schließt Euch zusammen und tretet möglichst zahlreich dem „Verband gegenseitiger Hilfe“ bei, und bringet gern Opfer zum Bau nicht nur eines, sondern mehrerer Vereinshäuser, die uns so not tun. Erlaubet nicht, daß die hakatistischen Blätter Euch auslachen und Eurer spotten, daß Ihr nicht fähig seid, auf eigenen Füßen zu stehen und die eigene Organisation zu erhalten, wie sie es jetzt schon tun. Ihr seid, Brüder Arbeiter, mehrere Tausend in Oberschlesien, und ihr würdet aus euch eine große Macht schaffen, mit deren Hilfe sich für euch sehr vieles erfolgreich durchführen ließe. Nützt dies also aus und zeigt der Welt, was ihr bei gutem Willen zu vollbringen vermögt. Es daure euch also der guten Sache wegen der Groschen nicht, was sich auch reichlich lohnen und hundertfache Frucht bringen wird.

Glück auf!

Der Vorstand des Verbandes gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter Oberschlesiens in Beuthen.

Aus Nr. 17 der Praca (Beuthen O.-S.) vom 23. April 1907.

Bericht

über die Tätigkeit des Verbandes gegenseitiger Hilfe für christliche Arbeiter Oberschlesiens in Beuthen für die Monate Februar und März 1907.

Rechtshilfe wurde erteilt und folgende Zahl von verschiedenen Angelegenheiten erledigt:

in Beuthen	1773
in Zabrze	569
in Kattowitz	436
in Rybnik	185
in Gleiwitz	84
zusammen	3047

Begräbnisbeihilfen wurden während dieser Zeit in 54 Todesfällen von Mitgliedern (bezw. deren Frauen) 2002,50 Mark ausgezahlt.

Der Vorstand
des Verbands gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter
in Oberschlesien.

Aus Nr. 51 des Katolik (Beuthen O.-S.) vom 27. April 1907:

Bilanz

vom 31. Dezember 1906 für das Jahr 1906:

Aktiva.		Passiva.	
		Reservefonds	6357,95 Mk.
		Spezialreserve	4257,41 „
		Geschäftsanteile	
		Spareinlagen	611612,03 Mk.
		Zugeschriebene Zinsen	16595,15 „
			628207,18 „
		Banken	73291,90 „

1250,00 Mk.	Aktien der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften, Prozeß- und Administrationskosten der Mitglieder,	
675016,65 „	Wechsel,	
35083,00 „	Immobilien,	
19044,09 „	Kassenbestand,	
	Zur Disposition der Generalversammlung ..	6317,78 „
734966,18 Mk.		734966,18 Mk.

Mitgliederzahl.

Vom Jahre 1905 traten auf das Jahr 1906 über	523
Im Jahre 1906 kamen hinzu	96
Zusammen	619
Im Jahre 1906 traten aus 15	
„ „ „ starben 3	38
„ „ „ wurden ausgeschlossen 20	
Auf das Jahr 1907 gehen über	581

Rybnik, den 15. Februar 1907.

Bank Ludowy — Volksbank.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Dr. F. Bialy. F. Ogon. F. Piecha.

Aus Nr. 98 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 1. Mai 1907:

In Pleß

soll eine Volksbank (Bank Ludowy) eröffnet werden, die bereits gerichtlich eingetragen worden ist. In den Vorstand wurden gerichtlich eingetragen: Bankbeamte Wiera aus Kattowitz, Tischlermeister Josef Lazaz aus Brzesc und Johann Kendzior aus Grzawa.

Aus Nr. 96 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 28. April 1907:

Eine erneute Haussuchung

nach dem Blättchen Dzwonek (Glöcklein) hat am Donnerstag in der Expedition des Gornoslonzak stattgefunden. Es wurde wegen des darin enthaltenen Theaterstücks „Raclawice" beschlagnahmt, dessen Schluß abgedruckt war.

Was dies zu bedeuten hat, weiß niemand. Das Gericht hat die erste Beschlagnahme bisher nicht bestätigt. Da schon eine ziemlich geraume Zeit verstrichen ist, in welcher uns die Bestätigung hätte zugestellt werden können, durfte angenommen werden, daß sich die Polizei besonnen und selbst die Beschlagnahme vom Gericht nicht gefordert habe. Nur aus diesem Grunde wurde der Schluß des Stücks „Raclawice" abgedruckt.

Und da nimmt die Polizei wiederum eine Beschlagnahme vor!

Wir fordern ein gerichtliches Erkenntnis in der Überzeugung, daß eine Freisprechung des Dzwonek erfolgen muß.

Die Erkenntnisse des höchsten Gerichts erlauben geschichtliche Erzählungen ohne Rücksicht darauf, ob das jemandem bequem ist, oder nicht. Es ist möglich, daß den Hakatisten die Erzählung von „Raclawice" unbequem ist! Das geht uns nichts an, und die Polizei sollte auf eine Denunziation der Hakatisten, wenn eine solche erfolgt ist, nicht achten.

Geehrte Leser! Eine Beschlagnahme nach der anderen, ein Prozeß nach dem anderen, eine Strafe nach der anderen — das ist das Los unseres Blattes! So sieht die Freiheit in Preußen aus!

Aus Nr. 45 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 27. April 1907:

Der Sohn eines polnischen Lehrers.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, verurteilte das Schöffengericht zu Oppeln den Steuerrat Herrn Kotalla, Vorsitzenden des patriotischen Wahlvereins, zu einer Geldstrafe von 20 Mk. und Tragung der Kosten wegen Beleidigung des Schulzen aus Goslau, vor welchem Herr Kotalla anläßlich eines Festes nach den Wahlen ausgespien und wegen der Niederlage der Regierungsparteiler Schmähungen ausgestoßen hatte. Mit Bezug auf die Nachricht von dem deutschen „speienden Patrioten" teilt jetzt dem Dziennik Berlinski einer unserer Landsleute aus Berlin mit, daß er den Herrn Steuerrat Kotalla gut kenne; dieser sei ein Sohn eines polnischen Lehrers und habe zur Frau die Tochter des Lehrers Gruszka, der ebenfalls Pole gewesen und in dessen Hause polnisch gesprochen worden sei.

Heut speit der Sohn des polnischen Lehrers Kotalla und der Schwiegersohn des polnischen Lehrers Gruszka vor einem Polen deshalb aus, weil er nach seinem Gewissen die Stimme einem polnischen Abgeordneten gibt.

Ist das für das polenfeindliche preußische System nicht charakteristisch?

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 90 der Gazeta Polska (Kosten) vom 19. April 1907:

Emigrantentum.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

In der freien Stadt Hamburg merkt man nicht viel von der Freiheit. Wenigstens unsere polnischen Vereine werden durch die mittelalterlichen Verordnungen geknebelt. So war es unserem Sokol-Verein unerträglich, sich in dieser „freien Stadt" anzusiedeln, und so mußte sich dieser bedauernswerte Verein unter die preußische Obhut begeben, nämlich nach der Nachbarstadt Altona. Hier kann der Verein wenigstens seine Sitzungen in polnischer Sprache abhalten. Wir haben also einen Hamburger Sokol-Verein in dem preußischen Altona. In dem freien Hamburg würde sich der arme Verein, entweder nur durch Zeichen, oder durch die einzige deutsche Kultursprache verständigen dürfen. Wie sonderbar geht es doch auf dieser Gotteswelt zu!

Sozialdemokratisches.

Bericht über den IX. Parteitag der polnisch-sozialistischen Partei (P. P. S.) im Weichselgebiete.

(Schluß.)

Die Verteidiger des Antrages, welche die Mitglieder der Kampfabteilung aus der Partei heraus haben wollten, begründeten ihren Antrag etwa folgendermaßen: Der Bruch ist bereits eine vollendete Tatsache. Was wir auch immer beschließen mögen, haben die Teilnehmer an der Konferenz doch schon alle Schritte

getan, sich dem Parteitag nicht zu unterwerfen, die Angelegenheit vor dem Forum aller Parteiorganisationen anhängig zu machen, die Leute auf ihre Seite hinüberzuziehen. Die Beschlüsse der Konferenz beweisen dies. Man muß sich die nakten Tatsachen vorhalten und nicht sich und andere täuschen. Es ist nicht wahr, daß in der Partei Revolutionäre und zugleich Gegner einer revolutionären Aktion waren. Aber es gibt Methoden einer bewaffneten Aktion, die im unpassenden Augenblick und auf unpassende Art in Anwendung gebracht, der revolutionären Sache schaden. Man sagt, daß dies das „Elementare" der Aktionen ist. Aber wenn man auch von elementaren Ausbrüchen bei einer hunderttausendköpfigen Menge sprechen kann, so darf man keinesfalls in den Reihen einer streng disziplinierten Organisation von elementaren Ausbrüchen sprechen. Man sagt, daß in der Kampfabteilung keine besondere Ideologie, keine besondere Politik vorhanden war! Schon der Text der Deklaration der Kampfabteilung ist ein Beweis für diese Ideologie. Was nun die Politik anbetrifft, so kann man sich sowohl das leichtsinnige Verhalten gegenüber dem Militär, als auch die mit den Bedürfnissen der Bewegung durchaus nicht verknüpften Aktionen nur dadurch erklären, daß man „Interventionen" und andere Kombinationen der speziellen Politik der Rechten erhoffte. Zwei Jahre hindurch haben wir Versuche gemacht, ein loyales Zusammenleben innerhalb der Organisation durchzuführen, heute, wo man offen den Willen der Partei bricht und uns zwingt, die moralische Verantwortung für eine schädliche Aktion zu übernehmen, müssen wir auseinandergehen.

Bei der Abstimmung ging der Antrag durch, der die Mitglieder der Kampfabteilung aus der Partei ausschloß. Für den Antrag stimmten 28 Genossen, gegen denselben 11, der Abstimmung enthielten sich 2 Genossen. Nach der Annahme des Antrages legten 10 Genossen ein votum separatum ein.

Am anderen Tage erklärten sieben Mitglieder des Parteitages und ein Sachverständiger, daß sie den Parteitag verlassen und die Beweggründe hierzu in einer Erklärung formulieren würden, die sie dem Parteitage vorlegen würden.

Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Deklaration
der Delegierten, die den IX. Parteitag der polnisch-sozialistischen Partei verlassen.

Da der IX. Parteitag der polnisch-sozialistischen Partei eine Resolution angenommen hat, die einen so bedeutenden und wichtigen Teil, wie es die Mitglieder der Kampfabteilung sind, aus der Partei ausschließt, eine Resolution, die Genossen ausschließt, welche durch Taten, Aufopferung und Hingebung für unsere Parteisache eine andere Behandlung verdient haben;

in Anbetracht der von einer Reihe von Mitgliedern des Parteitages klar ausgedrückten Absicht, die Partei zur Zersplitterung zu treiben und aus ihr nicht nur die Mitglieder der Kampforganisation, sondern auch andere Genossen zu entfernen;

in Anbetracht des Umstandes, daß als Vorwand zur freiwilligen Zersplitterung der Partei und zum Vernichten der Solidarität dieses Teiles des polnischen Proletariats, der bis zum heutigen Tage unter dem Banner der P. P. S. vereinigt war, häufig die völlig falsche Darstellung der Anschauungen, sowohl jener der Unterzeichner, als auch der Anschauungen vieler anderer Genossen dient,

erklären die unterzeichneten Delegierten zum IX. Parteitage der polnisch-sozialistischen Partei, daß nach ihrer Ansicht:

1. im Kampfe um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und im Kampfe für den Sieg des Sozialismus, der von dem Proletariat unseres Landes in solidarischer Eintracht mit dem Proletariat aller Länder geführt wird, die einzige politische Form, die den politischen, sozialen und kulturell-nationalen Klasseninteressen der Arbeiterklasse entspricht, **die unabhängige demokratische polnische Republik ist:**
2. daß nach ihrer Ansicht das Erringen dieser Form auch fernerhin den ersten Punkt des politischen Programms der polnisch-sozialistischen Partei bilden wird;
3. daß nach ihrer Ansicht im heutigen revolutionären Zeitabschnitt, solange der Zustand der Kräfte des Proletariats und die inneren Verhältnisse uns nicht gestatten, den völligen Sieg zu erringen und das gesteckte Ziel zu erreichen, der revolutionäre Kampf geführt wird, um das Zarat zu stürzen und für das Land eine möglichst weitgehende rechtliche und staatliche Selbständigkeit zu erringen, wie dies auch häufig von den Vertretern der P. P. S. auf den Parteitagen und bei Beratungen einmütig, wenn auch in verschiedener Form, gesagt worden ist;
4. daß nach ihrer Ansicht dieses Ziel **nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes** erreicht werden kann;
5. daß nach ihrer Ansicht ein derartiger Kampf nur in völliger Solidarität mit dem übrigen Proletariat des Staates geführt werden kann;
6. daß nach ihrer Ansicht diese Solidarität eigene politische Losungen unseres Proletariats nicht ausschließt, ein Kampf aber nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn die Losungen der Partei allen Bedürfnissen der Arbeiterpartei entsprechen;
7. daß nach ihrer Ansicht **die letzte Phase dieses Kampfes, der bewaffnete Aufstand des Proletariats unseres Landes gegen die zarische Regierung sein muß,** ein Aufstand, der in dem Augenblick losbrechen muß, in welchem sowohl unter dem Druck der revolutionären Bewegung im ganzen Reiche, als auch infolge der inneren Zersetzung das Zarat nicht mehr imstande sein wird, sich gegen den Angriff der Revolution zu verteidigen;
8. daß nach ihrer Ansicht man einen solchen bewaffneten Aufstand des Proletariats nicht hervorrufen kann, ohne das Proletariat längere Zeit vorher im Kampfe mit seinen Waffen und in den Kampfgebräuchen ausgebildet zu haben;
9. daß nach ihrer Ansicht die Etappen, durch welche die revolutionäre Bewegung hindurchgehen muß, eine ständige Kampfbereitschaft erfordern;
10. daß nach ihrer Ansicht eine solche Aktion planmäßig durchgeführt werden muß und daß der Ausdruck dieser Planmäßigkeit nichts anderes sein kann, als die Kampforganisation, die die breitesten Massen umfaßt.

Die Endesunterzeichneten protestieren ganz entschieden gegen alle Versuche, die Partei von diesem revolutionären Wege, den sie bis jetzt gegangen ist und der sich logischerweise aus ihrem Programm ergibt, abzulenken,

sie protestieren gegen die Zersplitterung der Partei in einem so schweren Augenblicke, wie es der jetzige ist,

sie erklären, daß viele der im Parteitag zurückgebliebenen Delegierten, inbezug auf ihre Anschauungen, schon nichts gemeinsames mehr mit dem Programm der P. P. S. haben, daß sie in keinem Falle die wahren Bestrebungen der P. P. S. repräsentieren, daß sie im Laufe der letzten

2 Jahre des Bestehens der Partei ständig und systematisch der Verbreitung dieser Bestrebungen unter dem Proletariat entgegengearbeitet haben, daß sie bewußt die Verbreitung unserer fundamentalen politischen Resultate vernachlässigt haben, sie nicht in der Presse verbreitet und nicht für sie agitiert haben.

Die Endesunterzeichneten drücken die Überzeugung aus, daß die Gesamtheit des Proletariats unseres Landes ihre Anschauungen teilen wird, sie erklären den Parteitag für eine Fraktionssitzung eines Teils der Genossen und rufen das Urteil aller organisierten Genossen an.

Der Delegierte der technischen Abteilung.
Ein Gast der technischen Abteilung.
Der Delegierte des ausländischen Komitees.
Der Delegierte (einer von dreien) des Dombrower Kohlenreviers.
Der Delegierte (einer von dreien) des Bezirks Kielce.
Drei Delegierte des Bezirks Czenstochau.

Da der Parteitag einen heftigen Kampf gegen die Beschlüsse des Parteitages voraussah, beschloß er, sich in einem ausführlichen Aufruf, der die Ereignisse erklären sollte, an alle Parteigenossen zu wenden.

Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

An alle Genossen!

Der IX. Parteitag hat dahin erkannt, daß ein Teil der Leiter der Kampforganisation durch ihr Verhalten sich außerhalb der Partei gestellt hat. In dieser Angelegenheit bringt der Parteitag nachfolgendes zur Kenntnis der weitesten Kreise:

Die jetzige Spaltung ist das Resultat langer innerer Kämpfe, die unsere Partei vom Beginn der Revolution an zerfleischt haben. Diese innern Reibungen rührten daher, daß zwischen den Parteigenossen große Unterschiede in den Ansichten über die Revolution im russischen Reiche und über unser Verhältnis zu dieser Revolution bestanden. Diese Unterschiede bewirkten eine offene Spaltung der Partei in zwei Lager, das der „Alten" (auch „Rechte"), das eine geringe Gruppe von Genossen umfaßte, und in das der „Jungen" (Linke), das in sich die ungeheure Mehrheit der Partei vereinigte. Den Anhängern der „Alten" erschien die russische Revolution nur als bequeme Gelegenheit, einen Kampf zu beginnen, um das Königreich von Rußland loszureißen. Dagegen hielten die „Jungen" die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit im Laufe der gegenwärtigen Revolution im Zarat für unmöglich. Nach Ansicht der Anhänger der Jungen ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse im Königreich, den Sturz des Zarats zu erkämpfen und auf den Trümmern desselben eine neue Staatsordnung aufzurichten, nämlich eine demokratisch-republikanische. Dieser Kampf muß allerdings gemeinsam und einig mit der Arbeiterklasse der anderen Landesteile des russischen Reiches geführt werden. Für unser Land müssen wir in diesem Kampfe eine gesetzliche, staatliche Selbstständigkeit (Föderationstypus) erringen, d. h. eine besondere Rechtsprechung und eine besondere Verwaltung, die von der gemeinschaftlichen Regierung aller anderen Bestandteile des Reiches unabhängig ist. Aber der Staatsverband mit Rußland kann im Laufe der gegenwärtigen Revolution nicht zerrissen werden. **Was die unabhängige, demokratische, polnische Republik anbetrifft, die die drei Anteile Polens umfassen soll (Rußland, Österreich und Preußen), so entsagt die „junge" Richtung durchaus nicht diesem Ideal, aber sie sieht ein, daß dieses Ideal nur dadurch in Erfüllung gehen kann, daß die Arbeiterklasse eines jeden Anteils Polens, gemeinsam mit dem Proletariat der Anteilstaaten handelnd, für die Einrichtung einer völlig demokratischen, republikanischen Staatsordnung in diesen Staaten kämpfen wird.** In keinem Fall dagegen kann der Weg der „nationalen Aufstände", die mit bewaffneter Hand diesen oder jenen Teil Polens von den Anteilstaaten abtrennen wollen, zur Unabhängigkeit führen.

Aus diesen Unterschieden bei der Betrachtung der revolutionären Bewegung und ihrer Ziele ergab sich auch der Unterschied bei der Anwendung der Kampfmittel.

Die „Rechte" der Partei, die sich mit der Vereinigung unserer Bewegung mit der russischen Bewegung einverstanden erklärte, sah hierin nur ein Bündnis mit einer, wenn auch befreundeten, so doch immerhin fremden Armee. Die Anhänger dieser Richtung bedangen sich indessen unaufhörlich aus, daß dieses Bündnis ein nicht zu enges werden sollte. Ihre eigenen Verbündeten (d. h. die russischen Revolutionäre) behandelten sie als sehr unsichere Kantonisten. Während des Zeitabschnittes, als die Massenbewegung der Arbeiter im russischen Reiche wuchs, hielt sich die „Rechte" unserer Partei abseits und beschränkte sich auf Klagen, daß wir den Einflüssen Petersburgs zu sehr nachgegeben hätten. Als die Zeiten der Reaktion kamen (sowohl in Rußland, als auch bei uns), begannen die Anhänger der alten Richtung immer energischer jene zu kritisieren, die sich bemühten, die revolutionäre Bewegung in Polen möglichst innig mit der revolutionären Bewegung im ganzen Reiche zu verbinden und immer deutlicher bemühten sie sich, die Partei auf den Weg des nationalen Aufstandes zu drängen.

Die revolutionäre Bewegung in Polen bedeutet für sie in Wirklichkeit die Vorbereitung zu einem russisch-polnischen Krieg, in welchem die revolutionären Kräfte Rußlands nur die Rolle eines „fremden" Verbündeten spielen dürfen.

Diese Anschauung widerspricht den wichtigsten taktischen Fragen. **Die ungeheure Mehrheit der Partei erkennt an, daß in dem Kampfe mit dem Zarat unser Sieg nicht möglich ist, falls nicht ein bedeutender Teil des Militärs auf unsere Seite übergeht. Deshalb bemühen wir uns auch, aus unserer Taktik alles zu entfernen, was die revolutionäre Propaganda in der Armee erschweren kann.** Dagegen nimmt die „Rechte" unser Verhältnis zum Militär auf die leichte Achsel und ist häufig geringer Augenblickserfolge wegen bereit, die Arbeit unter den Soldaten zu untergraben.

Auf diese Art können die zwar revolutionären, aber unvernünftig angewandten Kampfmittel der revolutionären Sache Schaden bringen.

Als im Jahre 1905 die revolutionäre Bewegung nicht den Weg ging, der den Wünschen der Politiker der „alten" Richtung der polnischen sozialistischen Partei entsprach, schrieben sie dies dem elementaren Wesen und der Unordnung dieser Bewegung zu. Ihrer Ansicht nach hätte man die Revolution nach einem von vornherein bis in die kleinsten Details festgelegten und ausgedachten Plane führen müssen.

Als Werkzeug zum „Revolutionmachen" (im Sinne des nationalen Aufstandes) sollte nach ihrem Plane die Kampforganisation dienen, in deren Vorstand sich die hervorragendsten Mitglieder der „alten" Richtung in der Majorität befanden. Diese Organisation wollten sie zu einem ungeheuren Geheimbunde gestalten, der zahlreiche Scharen des Proletariats umfassen und nach militärischen Grundsätzen aufgebaut sein sollte (vollständige Kommandogewalt der Vorgesetzten über die Untergebenen, Teilung in Kompagnien usw.) Sie arbeiteten auf diese Weise einen phantastischen Plan der geheimverschwörerischen Revolutionsarmee aus, die die „ungeordnete" Massenbewegung durch einen planmäßigen Krieg mit der

zarischen Armee ersetzen sollte. Die Politiker der „Rechten“ konnten mit ihrer Auffassung von der Revolution, als eines rein physischen Kampfes mit der zarischen Übermacht und mit ihrer verschwörerischen Taktik anscheinend keinen Einfluß auf die Massenbewegung und auf die gesamte Organisation gewinnen. Dagegen eroberten sie sich vollständig die Leitung der Kampforganisation. Dank der notwendigen Geheimhaltung dieser Organisation verstanden sie es, sie fast von dem Rest der Partei abzuschließen und sie faktisch der Leitung der Zentralbehörden der Partei zu entziehen. Eine Kontrolle der inneren Angelegenheiten der Kampfabteilung durch das Zentral-Arbeiterkomitee und die Bezirkskomitees war nicht möglich, weil die Leiter der Kampforganisation unter dem Vorwande der „Geheimhaltung“ sich entweder davor drückten, Auskunft zu erteilen, oder es überhaupt vermieden, mit den Parteiinstitutionen in Berührung zu kommen.

Alles das führte die Kampforganisation, die geschaffen war, um mit der Massenbewegung gemeinschaftlich zu arbeiten, dahin, sich zu dem Rest der Partei in scharfen Gegensatz zu stellen und mit den Parteibehörden immer schärfere Kämpfe zu führen. Schließlich kam es seitens der Kampfabteilung zum offenen Bruch durch Verordnung des Zentral-Arbeiterkomitees. Als das Zentral-Arbeiterkomitee hierdurch gezwungen wurde, die Mitglieder des Vorstandes von ihrer Tätigkeit zu suspendieren, beriefen diese eine Konferenz der Kampfabteilung, die sich dann mit ihrem Verhalten völlig solidarisch erklärte.

Hiermit war es aber noch nicht genug. Diese Konferenz stellte sich dadurch in einen völlig klar ausgeprägten Gegensatz zur ganzen Partei, daß sie dem Parteitag Beschlüsse übersandte, die ein Ultimatum enthielten, d. h. die Forderung, unbedingt gewisse Forderungen der Konferenz zu bewilligen. Die Konferenz sah von vornherein ein, daß der Parteitag ihre Forderungen ablehnen würde und sie beschloß infolgedessen, sich dem Beschluß des Parteitages nicht zu unterwerfen und eine Agitation in den Parteikreisen zu beginnen, die dahin zielen sollte, die Genossen in ihrem Kampfe mit den Parteibehörden auf die Seite der Kampfabteilung zu ziehen. Ein solches Benehmen ist allerdings gleichbedeutend mit dem Beschluß, die Spaltung innerhalb der Partei zu vertiefen.

Das Ultimatum der Konferenz bestand in der Forderung, eine Miliz der Arbeitermassen zu bilden und zwar unter der technischen Leitung der Kampfabteilung. Bei der gegenwärtigen Sachlage konnte sich der Parteitag auf keinen Fall auf diese Forderung einlassen. Die Erfüllung dieser Forderung wäre gleichbedeutend damit gewesen, daß man dem gleichen Vorstande, der kurz vorher gegen die Parteidisziplin gefrevelt und beabsichtigt hatte, die Partei zum Werkzeuge seiner besonderen Politik zu machen, den größten Einfluß auf die weitesten Arbeiterkreise eingeräumt hätte. Der Einwand, daß die Leitung des Vorstandes nur die technische Seite betreffen sollte, konnte niemanden täuschen.

Wir haben doch gesehen, daß derselbe Vorstand es verstanden hat, die Kontrolle der Partei über die Kampforganisation zu vereiteln und zu verhindern und daß er aus dieser Organisation ein Werkzeug seiner besonderen Politik gemacht hat. Der Parteitag ist der Ansicht gewesen, daß die Erfüllung der Forderungen der Konferenz der Kampfabteilung gleichbedeutend gewesen wäre mit der Stellung der ganzen Partei unter die Diktatur der Kampfabteilung. Dies wäre für die Partei eine selbstmörderische Tat gewesen. Außerdem ist der Parteitag zu der Überzeugung gekommen, daß schon die Tatsache, daß die Konferenz beschlossen hatte, sich den Beschlüssen des Parteitages nicht zu unterwerfen, falls sie nicht im Sinne der Konferenz ausfallen würden, beweist, daß der Bruch bereits vollzogen war, umsomehr, als die Konferenz von vornherein beschlossen hatte, im Falle eines Zerwürfnisses mit der Partei damit zu beginnen, die Reihen der Partei durch eine der Partei feindliche Agitation zu sprengen.

In Anbetracht dessen erklärte der Parteitag die Kampfabteilung und die mit ihr solidarischen Teilnehmer an der Konferenz der Kampforganisation für Leute, die außerhalb der Partei stehen.

Er hat dies im vollen Bewußtsein und mit großem Schmerze getan.

Die Kampforganisation ist dem Schoße der Partei entsprossen, sie hat ihr durch ihren überaus opferwilligen und heldenmütigen Kampf gedient und hat sich um unsere Sache ungeheure Verdienste erworben.

Um so schmerzlicher ist es für uns, daß die Rücksicht auf die wahren Interessen der Revolution uns zwingt, uns von einem großen Teil derselben zu trennen. Wir achten die heldenhaften Kämpfer sehr hoch, wir rühmen ihre Opferwilligkeit und ihre grenzenlose Aufopferung, aber das kann uns nur dazu bewegen, umso eifriger darüber zu wachen, daß das Blut dieser Helden nicht umsonst vergossen wird, daß ihre mutige und opferwillige Tätigkeit zielbewußt im Interesse der Bewegung des Proletariats geleitet wird und nicht etwa einer unvernünftigen Politik dient, die diese Bewegung dem Verderben aussetzt.

Genossen! die Spaltung, die erfolgt ist, muß trotz gewisser augenblicklicher Schwierigkeiten in ihren Folgen für die Partei von Vorteil sein. Wir fordern euch auf, in diesen schweren Zeiten ruhig und entschieden im Sinne unserer Beschlüsse zu handeln. Wir sind überzeugt, daß dies jene in unsere Reihen zurückführen wird, die sich unter dem Einfluß einer falschen Politik auf einige Zeit von uns entfernt haben.

Der IX. Parteitag
der polnischen-sozialistischen Partei.

Die Organisation und Kampftaktik.

Die Diskussion über diese Angelegenheit, die am zweiten Beratungstage begonnen wurde und wegen der Angelegenheiten, die mit der Ausschließung der Mitglieder der früheren Kampfabteilung aus der Partei im Zusammenhange stehen, unterbrochen wurde, wurde zu Ende geführt. Das Resultat der Diskussion wurde in nachfolgendem Beschluß zusammengefaßt:

In Anbetracht des Umstandes, daß nur eine Massenbewegung und ein Massenkampf der Revolution den Sieg sichern und sie vor allen feindlichen Anschlägen wird behüten können;

in Anbetracht des Umstandes, daß ein Erfolg bei dem bevorstehenden bewaffneten Kampfe ausgeschlossen ist, falls sich an ihm nicht die breitesten Volksmassen beteiligen und ihm ihre Sympathie schenken, vor allem aber die Massen des ländlichen und städtischen Proletariats; **daß der Erfolg ferner von dem Grade der Agitation unter den Soldatenmassen abhängt;**

daß die Bildung eines bewaffneten und disziplinierten Revolutionsheeres auf geheimem Wege eine für die Partei zwecklose und unausführbare Aufgabe ist;

in Anbetracht des Umstandes, daß schon die Tatsache des Bestehens einer ständigen besonderen Kampforganisation die Kampfbereitschaft des Proletariats verringert, da diese es sozusagen von der Pflicht befreit, die Gewalttaten und die Bedrückungen der Regierung zu beantworten und die Anschauung schaffen könnte, daß die Kampforganisation sie hierin vertreten muß;

in Anbetracht des Umstandes, daß sie unter dem Proletariat das Gefühl hervorrufen würde, daß dieses, als Klasse verstanden, ohnmächtig wäre, dagegen aber den Glauben an die Macht der geheimen Organisation stärken würde;

in Anbetracht des Umstandes, daß man schon aus diesen Gründen allein, besonders in den jetzigen Zeiten, ständige Abteilungen von Milizen, die aus Arbeitern bestehen, nicht schaffen darf;

ferner in Anbetracht des Umstandes, daß in den gegenwärtigen Zeiten die Massenbewegung auf ihrem Entwickelungswege auf verschiedene unmittelbare Hindernisse stößt, die von dem Polizeiapparat, der für immer beseitigt werden muß, in den Weg gestellt werden;

daß die Kampfaktion, die sich aus den Bedürfnissen der Massenbewegung ergibt und die Beseitigung dieser Hindernisse bezweckt, durchaus notwendig ist;

in Anbetracht aller dieser Umstände erklärt der Parteitag:

1. die fundamentale Aufgabe der Partei ist das Heranziehen möglichst großer Volksmassen zum Kampfe.
2. Die Tätigkeit der Partei muß in diesem Zeitabschnitt durch Kampfaktionen vervollständigt werden.
3. Die Kampfaktion, die eine nebenbei helfende sein muß, muß sich der allgemeinen Tätigkeit der Partei unterordnen und ihr streng angepaßt sein.
4. (Geheimparagraph.)

Da die Kampforganisation in ihrer jetzigen Form nicht den vorher angeführten Anforderungen entspricht, empfiehlt der Parteitag dem Zentralarbeiterbureau den Umbau dieser Organisation nach folgenden Grundsätzen:

1. .....
2. ..... } diese Punkte sind geheim gehalten.

Organisationsangelegenheiten.

Die Angelegenheit betreffend die Reformierung eventuell die Aufhebung des ausländischen Komitees wurde dem Zentral-Arbeiterkomitee überwiesen (Punkt IV b der Tagesordnung).

Punkte IV d, e, f wurden wegen Mangels an Zeit von der Tagesordnung gestrichen.

In Sachen der Neubildung des Bezirks Ostrowieck und der eventuellen Kassierung des Bezirks Kielce wurde nachfolgender Beschluß gefaßt:

„Der Parteitag empfiehlt dem Zentral-Arbeiterkomitee nach Verständigung mit dem Bezirk Radomsk über die Angelegenheit der Bildung des neuen Bezirks Ostrowieck und der eventuellen Aufhebung des Bezirks Kielce Entscheidung zu treffen."

In Sachen der Bildung einer deutschen Abteilung (Punkt IV h) wurde nachstehender Antrag angenommen.

„Der Parteitag erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß eine deutsche Abteilung gebildet wird und empfiehlt dem Zentral-Arbeiterkomitee, diesen Beschluß möglichst schnell in die Tat umzusetzen."

Zu der Angelegenheit der proportionalen Wahlen zu den Parteiinstanzen hat der Bezirk Lodz den motivierten Antrag gestellt, der erstrebt, die Zahl der Vertreter der Bezirke in den Parteitagen und im Rate im Verhältnis zur Zahl der organisierten Mitglieder zu regeln.

Die Durchführung dieses im Grunde genommen gerechtfertigten Grundsatzes wurde mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die die genaue Feststellung des Umstandes, wer in den verschiedenen Bezirken, in den Städten, auf dem Lande usw. organisierter Genosse ist, mit sich bringen würde, augenblicklich für unmöglich erachtet. Dagegen hielt man es für möglich, die bisherige Norm des Vertretertums im Sinne proportionaler Grundsätze zu reformieren.

In dieser Angelegenheit wurden zwei besondere Anträge gestellt, von denen einer folgenden Wortlaut hatte:

„Das Vertretertum in den Parteitagen und im Rate muß inbezug auf seine Zahl von der Zahl der Organisierten abhängig sein. Deshalb werden im Organisationsstatut Teil IX und X folgende Änderungen vorgenommen:

1. Der vollzählige Parteitag: § 38, Absatz 3: Kalisch, Kielce, Plock, Suwalski, Wloclawek, Lowicz, Lomza, Siedlce schicken je 1; Lublin, Radom, Czenstochau, Warschau-Umgegend je 2; Dombrower Kohlenrevier, Lodz-Umgegend je 3; Warschau-Stadt — 4; Lodz-Stadt — 6.

   Diese Delegierten wählt die Bezirkskonferenz; die Delegierten der Lokalkomitees wählen die Lokalkomitees, die mindestens $^1/_2$ Jahr existieren.
2. Der verringerte Parteitag: § 39. Es senden Delegierte die Bezirke Kalisch, Kielce, Plock, Suwalki, Wloclawek, Lowier, Lomza, Siedlce, je 1; Lublin, Radom, Czenstochau, Warschau-Umgegend je 2; das Dombrower Kohlenrevier, Lodz-Umgegend je 3; Warschau-Stadt 4; Lodz Stadt 6.

   Die Lokalkomitees wählen nur den dritten Teil der Delegierten zum vollzähligen Parteitage; bei der Teilung der Zahl der Lokalkomitees durch 3 zählt man $^2/_3$ für eine Person.
3. Der Rat. § 41. Die Bezirkskomitees wählen je einen Vertreter, ausgenommen das Dombrower Kohlenrevier, das 2 wählt, Warschau-Stadt mit 3, Lodz Stadt mit 4 Delegierten. Die Delegierten werden von den Bezirkskomitees gewählt.

In die Parteitage kann man nur Parteimitglieder wählen, die mindestens das der Konferenz vorangehende ganze Jahr im Lande aktiv tätig gewesen sind. Die im Gefängnis zugebrachte Zeit wird als aktive Arbeit gerechnet, ebenfalls die Urlaubszeit, die einen Monat nicht überschritten hat. Die von ihrer Tätigkeit suspendierten Parteimitglieder können nicht gewählt werden.

Nach längerer Diskussion wurde der Antrag teilweise angenommen und zwar die Teile, die den vollzähligen Parteitag und den Rat betreffen; der Teil, der den verringerten Parteitag anbetrifft, wurde abgelehnt.

Da der andere Antrag bezüglich des verringerten Parteitages ebenfalls abgelehnt wurde, bleibt die Vertretung zu den verringerten Parteitagen nach den bisherigen Bestimmungen bestehen.

In der gleichen Angelegenheit wurden außerdem folgende Anträge angenommen:

„Das Wahlrecht zum Parteitag und zum Rat haben ausschließlich solche Lokal- und Distrikts-Komitees die durch Wahlen gebildet sind und mindestens seit einem halben Jahre existieren.

Je 3 Eisenbahn-Knotenpunkt-Komitees sollen sich vereinigen, um einen Delegierten zum verringerten Parteitage zu senden (Antrag der ersten Eisenbahnkonferenz).

In Sachen der Organisierung der Arbeit in Rußland wurde folgender Antrag angenommen:

1. Die Information und die Koordination unserer Bewegung mit der Bewegung in Rußland.
   a) Zur Beteiligung am internationalen Informations-Koordinationsbureau,

b) zu einer periodischen informatorischen Zeitschrift in russischer Sprache,

c) zur Teilnahme, eventl. zur Leitung unserer Arbeit unter den polnischen Soldaten

wird in St. Petersburg eine ständige Gruppe mit den Rechten des Vorstandes gebildet werden.

2. Die Arbeit unter den polnischen Arbeitern in Rußland. — Der Parteitag erklärt, daß die Organisierung der Arbeiter in den polnischen Kolonien in Rußland in besondere Gruppen der P. P. S. den Bedingungen der Entwickelung der Arbeiterorganisationen nicht entspricht, daß dagegen unsere Genossen, die ständig in Rußland wohnen, unter den polnischen Arbeitern tätig sein müssen, um sie im Rahmen der örtlichen Territorial-Arbeiterpartei zu organisieren.

3. Im Sinne des vorstehenden Absatzes werden die Bezirkskomitees Kiew und St. Petersburg aufgehoben.

4. **Der Parteitag erkennt die Notwendigkeit an, unsere Arbeit unter den polnischen Soldaten, die in Rußland verstreut sind, emsiger zu betreiben. Man muß sie mit dem Netz einer großen Organisatinn, die viele Agitatoren hat, umgeben und für sie ein besonderes polnisches Organ gründen. Diese Organisation, die unter dem Banner unserer Partei geführt wird, muß in enger Fühlung sowohl mit den anderen örtlichen Militärorganisationen bleiben, als auch mit den örtlichen sozialistischen und Arbeiter-Parteien.**

Infolge des Anwachsens der Zahl der polnischen Jugend in den Kolonien, die sich an den wieder geöffneten höheren Unterrichtsanstalten in Rußland gebildet haben, muß die Arbeit in diesen Kolonien wieder aufgenommen werden.

Die Angelegenheit der Arbeit unter den Soldaten.

Während der Sitzungen des Parteitages tagte abgesondert von ihm die Gerichtskommission, die die Angelegenheit betreffend Überschreitungen organisatorischer Natur mehrerer Mitglieder der Militärorganisation untersuchte. Das Urteil dieser Kommission bestätigte das Plenum des Parteitages mit einer Abänderung.

Die Angelegenheit der Wahlen zur Duma.

Infolge des Umstandes, daß die Angelegenheit der Boykottierung der Duma dem Zentral-Arbeiterkomitee zur freien Entschließung überwiesen worden war, beschränkte sich der Parteitag auf einen Meinungsaustausch über die Form und Art und Weise der Boykottagitation. Beschlüsse wurden in dieser Angelegenheit nicht gefaßt.

Wahl des Zentral-Arbeiterkomitees.

Der Parteitag wählte an Stelle des ausscheidenden Zentral-Arbeiterkomitees ein neues.

Andere Punkte der Tagesordnung.

Infolge des Mangels an Zeit — die Beratungen des Parteitages dauerten 6 Tage — wurden die Punkte V, VI, VII und VIII von der Tagesordnung gestrichen.

Aus Nr. 49 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz) vom 23. April 1907:

Aus dem Posenschen Salzbergwerk Hohensalza.

Einer der größten Übelstände ist hier im Bergwerk die Verunreinigung der Luft durch den Pulverdampf. Ferner gebraucht man im Bergwerk einen Benzinmotor, der im ganzen Bergwerk einen derartigen Gestank verbreitet, daß man sich die Nase zuhalten muß. Man braucht es wohl nicht erst zu erklären, daß eine solche Luft die Arbeiter allen möglichen Gefahren aussetzt. Man muß deshalb durchaus eine bessere Durchlüftung des Bergwerks verlangen. Allerdings scheint die Direktion diese Pflicht nicht zu erfüllen. Beweis hierfür ist ihr stolzes Auftreten in der Sitzung des Arbeiterausschusses am 21. März. Der Arbeiterausschuß legte ihr die Wünsche der Arbeiter vor, betreffend die Aufbesserung der Löhne für Häuer und Schlepper. Der Leiter des Bergwerks, Herr Diel, versuchte zunächst, diese Frage zu umgehen indem er erklärte, daß der Geheimrat Göcke verreist wäre und erst am 1. Mai zurückkehren würde. Als der Ausschuß die Berechtigung dieses Arguments nicht anerkannte, sagte der „höfliche" Leiter: „Lohnzulage werdet ihr in Form von Stockhieben bekommen". Dieses Herrchen glaubt, daß er hierdurch die ihm unangenehme Angelegenheit der Lohnerhöhung erledigt hat. Schließlich sagte er noch, daß jeder, der nicht arbeiten wollte, hingehen könnte, wohin er wollte, da er sowieso Arbeiter aus dem Rheinland heranziehen würde. Er ist sicher der Meinung, daß auf jeden seiner Winke hin, ganze Scharen von Arbeitern aus Westfalen und aus dem Rheinlande nach Hohensalza kommen werden. Wir haben nichts dagegen, wenn unser „vielgeliebter" Direktor sich einer solchen Täuschung hingibt. Die Arbeiter, die hierher gekommen sind, wissen ganz genau, daß sie sich in keinem Paradies befinden. Sie danken herzlichst für die freundliche Einladung. Der Herr Direktor wird am besten tun, wenn er in dieser Hinsicht alle Hoffnungen schießen läßt. Wenn er aber den Arbeitern aus dem Rheinland und aus Westfalen den Lohn mit Hilfe des Knüppels aufbessern wird, so muß er vor allen Dingen daran denken, daß der Knüppel zwei Enden hat und daß es möglich ist, daß ein Ende in die Hand eines Arbeiters kommt.

Aus Nr. 50 des Gazeta Robotnicza (Kattowitz) vom 25. April 1907:

Zum 1. Mai.

Genossen!

Es naht der 1. Mai, der Feiertag aller zielbewußten Arbeiter der ganzen Welt. Im Jahre 1889 wurde von den Delegierten der organisierten Arbeiter verschiedener Nationalitäten in Paris dieser internationale Feiertag der Arbeiter festgesetzt, um die Einheitlichkeit unserer Grundsätze und unser gemeinsames Streben nach einem Ziele zu dokumentieren.

Unser gemeinsames Ziel ist die Einführung einer gerechten Ordnung in der Welt, in der es keine Bedrückung und keine Ausbeutung der Menschen durch Menschen geben wird, die Einführung der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit unter allen Menschen und allen Nationen. Das sozialistische Programm ist uns ein gemeinsamer Wegweiser zu diesem Ziele.

Am 1. Mai werden die Arbeiter der ganzen Welt gegen die Massenmorde der Nationen (Kriege) demonstrieren, die heute trotz des Gebotes: „Du sollst nicht töten", in Form des Militarismus sanktioniert sind, der von den Nationen zur Vervollkommnung der Mordwerkzeuge, die gegen diese Nationen dann selbst gerichtet sind, immer größere Opfer erfordert.

Die Kriege und der Militarismus vernichten die Früchte unserer Arbeit, vergeuden das Vermögen der Nationen, morden Tausende unschuldiger Leute und hemmen die Kultur und jeden Fortschritt. Deshalb rufen wir zum 1. Mai:

Fort mit dem Militarismus! Fort mit dem Kriege!

Angesichts der ganzen Welt stellen wir die Forderung, daß ein Mensch des andern Bruder sein soll. Möge Frieden auf Erden herrschen und nicht der Haß der Nationen und Kriege.

Auf wirtschaftlichem Gebiete fordern wir am 1. Mai auf der ganzen Welt möglichst weit ausgedehnte soziale Rechte für die Arbeiter, d. h. Schutz des Lebens und der Gesundheit des Arbeiters bei der Arbeit und die Sicherung einer angemessenen Existenz bei allen Unfällen des Lebens.

Die Grundsätze der Christuslehre, die nach diesem Ziele strebten, haben die Mächtigen dieser Erde verdreht und haben sie nicht ins Leben gerufen. Wir haben jetzt die Lehre, aber sie ist ohne Erfolge geblieben. Und weil eine Lehre ohne Taten nichts ist, deshalb wollen wir Arbeiter am 1. Mai durch unsern Feiertag zeigen, daß wir den lebendigen Glauben wollen, daß wir lebendige Erfolge sehen wollen. Zeigen wir, daß wir diese faule Ordnung nicht verewigen wollen, unter welcher das Proletariat aller Nationen stöhnt, dieses Elend und diese Sklaverei in dem ewigen Joche der Arbeit unter Elend und Sorgen, in ewiger Angst um das unsichere Morgen. Und von neuem rufen wir am 1. Mai in der ganzen Welt:

Fort mit der Ausbeutung!
Fort mit der Bedrückung!

Wir fordern den Achtstundentag, um Zeit zur Ruhe, zum Unterricht, zum Genießen der Kunstwerke, der Gaben der Natur zu haben und aus dem kulturellen Fortschritt Nutzen zu ziehen, damit die Arbeit nicht mehr das unerträgliche Joch von heute sein wird, sondern das Glück der Nationen und der Ansporn zu einer immer höheren Kultur und zu immer größerem Wohlstand auf Erden. Wie der 1. Mai die Wiedergeburt des Lebens in der Natur bedeutet, so feiert auch die Arbeiterklasse der ganzen Welt am 1. Mai ihre Wiedergeburt und demonstriert, um eine bessere Zukunft zu erlangen.

Auch wir polnischen Proletarier in Stadt und Land, im Vaterlande und in der Emigration, müssen diese Feier der menschlichen Wiedergeburt festlich feiern und zwar jeder in seinen Verhältnissen nach bestem Können.

Wenn wir auch in Oberschlesien und im Posenschen mit blutendem Herzen die Arbeit am 1. Mai noch nicht einstellen können, wie dies die Arbeiter anderer Nationen, die kräftig organisiert sind, tun, so müssen wir am 1. Mai wenigstens zu den Versammlungen gehen (vor oder nach der Schicht), um den Geist für die weitere Parteiarbeit zu beleben.

In der Emigration müssen unsere Genossen darauf achten, daß das Fest des 1. Mai dort nicht vernachlässigt wird, wo die Organisationen bereits so stark sind, daß man ohne alle Opfer das Fest des 1. Mai durchführen kann. Der Klassenkampf verschärft sich von Tag zu Tage, die Organisationen unserer Feinde werden alle Tage mächtiger, es mehren sich die Aussperrungen und die Opfer auf unserer Seite. Man muß deshalb die Kräfte wägen, bevor man die Feier des 1. Mai durch Arbeitseinstellung beschließt. Andererseits aber kann man nicht alle Opfer vermeiden, denn wir dürfen nicht vergessen, daß nur durch steten Kampf und stete Opfer die Organisation gestärkt wird, daß wir nur durch Kampf und Opfer Schritt für Schritt die Freiheit erringen werden.

Polnische Genossen!

Wir erwarten von euch, daß dort, wo die Organisationen mit Stimmenmehrheit beschließen, den 1. Mai zu feiern, kein polnischer Genosse arbeiten wird. Genossen, zeiget der herrschenden Klasse, daß ihr mit dem gegenwärtigen System der Bedrückung und Ausbeutung nicht einverstanden seid, daß ihr eine bessere Zukunft erstrebt.

Der Vorstand der polnischen sozialistischen Partei des preußischen Anteils.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 602 des Głos Narodu (Krakau) vom 5. Dezember 1906:

Eine Unterredung mit dem Abgeordneten v. Koscielski.

I.

Seit einigen Tagen weilt in unserer Stadt Herr Joseph v. Koscielski aus Posen. Als Vorsitzender der großpolnischen „Strasch" und einer der tätigsten nationalen Faktoren in Großpolen sind ihm die Verhältnisse in den preußischen Landesteilen recht gut bekannt. Aus diesem Grunde gab sich einer unserer Mitarbeiter die Mühe, mit Herrn v. Koscielski zusammenzukommen, um von ihm authentische Nachrichten über den Nationalkampf in Großpolen zu erhalten. Den Inhalt dieser Unterredung bringen wir hiermit in der Überzeugung, daß er auch für einen breiteren Kreis unserem Leser interessant sein werde.

Die erste Frage unseres Mitarbeiters bezog sich auf die zur Zeit interessanteste Angelegenheit, nämlich auf den Streik der Schulkinder.

„Unser Schulstreik, vielmehr unser passiver Widerstand — bemerkte v. Koscielski — das ist die großartigste und bewunderungswerteste Erscheinung unserer Lebensfähigkeit und des Selbstbewußtseins unseres Volkes. Lob und Preis gebührt den Kindern — und deren oft unvermögenden Eltern, die Strafen zahlen, sich dem Verluste ihres Dienstes und anderen Unannehmlichkeiten aussetzen und doch bei dem Widerstande gegen die Erteilung des deutschen Religionsunterrichts verharren. Die „Strasch" rettet diese Ärmsten, gibt sich Mühe, ihnen die Verluste zu ersetzen, Arbeitsstellen ausfindig zu machen; nicht immer ist dies möglich, aber niemand schrickt zurück und niemand läßt den Mut sinken.

— In Schlesien soll der Kampf bereits beendet und der Widerstand gebrochen sein und in der Provinz Posen soll dies zum Teil auch geschehen sein? —

In Schlesien haben wir eine schnellere Bewältigung des passiven Widerstandes vorausgesehen, denn das Material ist dort ein anderes. Die Schlesier erwachten erst vor kurzem in nationaler Hinsicht; bei uns jedoch ist das Volk in nationaler Hinsicht schon reif, es fühlt und arbeitet zusammen mit der Stadt- und Landintelligenz, hier also wird es der Regierung nicht so leicht gelingen, den passiven Widerstand zu brechen. In welchem Umfange der jedesmalige Widerstand der Kinder dauert, läßt sich schwer feststellen, denn die Zahl der Streikenden schwankt von einem Tage zum anderen. In der einen Schule läßt er augenblicklich nach — um nach einiger Zeit von neuem hervorzubrechen oder er überträgt sich auf Schulen, in denen es einen Widerstand nicht gab; bis jetzt hat die Regierung noch nicht gewonnen, die Sieger aber sind die kämpfenden Kinder.

— Sie erwähnten, in Großpolen herrsche zwischen dem Volke und der Intelligenz ein gegenseitiges Vertrauen, bezieht sich das auch auf den Adel? — Vollkommen. Sowohl in der Stadt, als auch auf dem Lande halten die Polen zusammen, sie arbeiten und kämpfen gemeinschaftlich. Der sein Land bestellende Edelmann unterhält die besten Beziehungen mit dem benachbarten Bauer und besitzt dessen volles Vertrauen. Der Bauer sucht Rat nicht nur in öffentlicher, sondern auch in seinen

Privat-, oftmals in seinen Familienangelegenheiten.

— Auf welche Weise hat sich der Adel und die Intelligenz in Ihren Landen ein derartiges Vertrauen des Volkes erworben und wie ist es zu einer solchen Verbrüderung gekommen?

— Dafür sorgte die preußische Regierung, die uns alle gleich bedrückt. Alle Machtbefugnisse und alle Ämter befinden sich in den Händen der Deutschen, im Reichstage und im Landtage sind wir in der Minderheit. Das Volk kann nicht für alles, was es bedrückt, die Intelligenz und den Adel, sondern muß die fremde, feindlich gesinnte Regierung verantwortlich machen. In allen Sachen aber, die den Bauern heben und bereichern, wie in den Bauernvereinen, Darlehns- und Parzellierungsgenossenschaften, Volksversammlungen arbeitet Intelligenz und Adel zusammen und leitet sie.

Der großpolnische Adel zieht sich von Volksversammlungen nicht zurück, im Gegenteil, er rechnet es sich zur Ehre und zur Pflicht an, sich daran zu beteiligen. Schwieriger hält es, unter ihn Redner zu finden, denn das erheischte besondere Übung, aber die Versammlungen zu besuchen, das ist allgemein üblich und daran halten alle fest. Ich reise überall hin, wohin ich gerufen werde, jetzt seltener, weil die Ärzte es mir wegen meines Herzleidens verboten haben, aber wo es nötig ist, da fragt man nicht nach dem Herzen, sondern fährt zur Versammlung. Jetzt bilden wir uns Redner heran, indem wir die befähigtere Industriejugend abends versammeln und sie darüber belehren, was und wie in den Versammlungen gesprochen werden müsse. „Unter das Volk treten," das betrachtet unser Adel und unsere Intelligenz als ihre Hauptaufgabe und dieser verdanken wir das Vertrauen des Volkes.

Es gibt noch einen Umstand, durch welchen sich der Adel in der Gesellschaft und in den Bürgerkreisen verzweigt. Diejenigen, welche sich auf ihren Besitzungen nicht halten konnten, die aber ein kleines Kapital retteten, verziehen nach den Städten und da ihnen der Weg zu den Ämtern nicht offensteht, fangen sie irgend ein Geschäft an, gründen Unternehmungen. Was sie bei dem Grund und Boden einbüßten, das wollen sie bei den Unternehmungen wiedergewinnen, aber sie treten in andere Kreise ein, ihre Söhne und Töchter heiraten aus bürgerlichen Familien — und durch eine derartige Verzweigung wird die nationale Wurzel erneuert, wird die Gesellschaft demokratisiert und ausgeglichen.

Jedenfalls hat es jedoch den Anschein, daß die ehemals polnischen Landesteile in Preußen allmählich schwinden, der Grund und Boden abnimmt und das Land sich immer mehr mit Deutschen vollpfropft. Heute ist bereits Großpolen und Preußen ein Land zweier Nationen, wie Böhmen, geworden, mit der Zeit aber werden die Deutschen das Übergewicht haben, wie sie es heute in Berlin und Breslau haben! —

Ich gehöre nicht zu den Schwarzsehern, im Gegenteil, ich bin vielleicht ein zu großer Optimist. Wir verteidigen den Grund und Boden immer besser. Der Adel unterzieht sich einer nationalen Kontrolle. Wer schlecht wirtschaftet, zu dem sagen wir: „Warte Bruder! Du wirtschaftest schlecht, wir nehmen die Verwaltung in unsere Hand und schaffen Ordnung." Auf diese Weise retten wir die, die sich retten lassen wollen. Der Parzellierungs-Kommission arbeiten unsere Genossenschaften erfolgreich entgegen und die Aufteilung bei uns geht, im Gegensatz zu dem, was in Galizien geschieht, regelrecht vor sich und sie erfüllt ihre nationale Aufgabe. Biedermann parzelliert nicht, er kauft nur von Deutschen oder von denen, die verkaufen müssen und was er an Polen wieder verkaufen kann; er parzelliert nur die übrigbleibenden oder die vom Hauptgut entfernt liegenden Teile, meist nicht selbst, sondern nur durch Genossenschaften; das ist ein tüchtiger Mensch. In den letzten Jahren haben wir deshalb an Grund und Boden nicht eingebüßt, im Gegenteil, vielleicht noch gewonnen und daher der Ärger der Hakatisten.

Nach den Städten drängen sich die Deutschen, denn scharenweise werden die Beamten hergesendet; es wurden nämlich bei uns Ämter geschaffen, welche es anderswo nicht gibt, wie z. B. die Distriktsämter, Domänenverwaltungen, ein ganzer Stab von Beamten und Agenten der Ansiedelungs-Kommission und dergleichen. Wir können diese Deutschen nicht verdrängen. Wir geben uns jedoch Mühe, die Deutschen und Juden aus Industrie und Handel zu verdrängen. Heute gibt es allerdings in Großpolen und West-Preußen zwei Nationen, weil wir uns bis jetzt nicht verteidigten, aber wir geben uns bereits Mühe, sie zu verdrängen und sich nicht zu sehr ausbreiten zu lassen. Ich glaube, man würde mit uns nicht das machen können, was man mit den Slawen jenseits der Elbe gemacht hat. Heute gibt es einen Kampf zwischen zwei Nationen von fast gleicher Kultur.

Ich freue mich sehr, daß ein solcher Kenner, wie Sie, mich der Wirksamkeit der nationalen Verteidigung im preußischen Anteil versichert — aber was wird später werden? Sollen wir uns damit begnügen, daß wir in jeder der Teilungsmächte die Nationalität aufrechterhalten und gewissermaßen ein dreierlei Polen bilden?

Unsere Pflicht ist es, das Polentum zu erhalten, zu stärken und zu schaffen, das ist die Unterlage zum Bau für das Geschlecht, welches, so Gott will, Polen errichten wird. Ich bedauere, daß ich zu diesem Geschlecht nicht mehr gehören werde, denn ich bin alt. Wir Alten sind bei der Wiederherstellung Polens schlecht ausgegangen und wir büßten mehr ein, als wir gewannen. Von einer derartigen Arbeit kann nicht mehr die Rede sein. Unsere Pflicht ist die, alte Fehler wieder gut zu machen, den Schaden auszuwetzen, das Versäumte nachzuholen und dadurch die Fundamente und Mauern des **Polentums zu erneuern.** Wann die Zeit kommen wird, auf ihnen eine einzige Kuppel zu errichten, können wir nicht wissen. Wenn wir unseren Nachkommen den heimatlichen Grund und Boden und die polnische Gesinnung überliefern, so werden sie seinerzeit das tun, was auszuführen uns nicht beschieden war. —

Und sind Sie nicht der Ansicht, daß eine Wendung in dem Königreich Polen das allgemein-polnische Interesse günstig beeinflussen könnte? —

Sicherlich, die Polen sind jedoch nicht genügend vorbereitet, um eine derartige Wendung auszunutzen. Bis vor kurzem gehörte es noch zu den unabänderlichen und unantastbaren nationalen Grundsätzen, daß es sich nicht einmal lohne, mit den Russen zu sprechen und der Versuch allein mit ihnen zu sprechen, galt als ein nationaler Verrat. Ein gewisser Teil der Nation muß sich einfach erst mit dem Gedanken vertraut machen, daß man mit den Russen sprechen kann, daß es sich lohnt, mit ihnen zu sprechen und daß man nicht alles auf einmal wollen und verlangen kann, denn Mißtrauen herrscht auch auf der anderen Seite.

Zum Glück fangen die Polen im Königreich an ins Gleichgewicht zu kommen und werden sicherlich den geeigneten Weg finden. Die Nationaldemokraten sind zu weit gegangen und stehen auf einer schiefen Ebene, an einem Abgrund. Sie lenkten jedoch rechtzeitig ein und bewiesen dadurch ihr echt nationales Gefühl und wenn sie, über dem Parteiegoismus stehend, ebenso

dem allgemeinen Wohle Rechnung tragen werden, wenn sie zu Abgeordneten lauter Mitglieder aus ihrer Mitte oder mitunter nur ihre Strohmänner, welche in der Duma auf Instruktion von dem Vorstande warten, entsenden werden, so wird durch Klugheit und Innehaltung des politischen Maßes und Taktes, in Verbindung mit ihrem bekannten Eifer und ihrer Energie, die Wendung im Königreich ihren gehörigen Lauf nehmen und der polnischen Sache in den drei Teilungsmächten Nutzen bringen.

II.

Vom politischen Gebiet gingen wir auf mehr spezielle Sachen und zu der Frage über: Wie entwickelt sich nach den vielen inneren Störungen der großpolnische Strazverein?

Sehr gut! In dem ersten Jahre seines Bestehens haben wir 25000 Mitglieder im ganzen Deutschen Reiche, denn der Verein beschränkt sich nicht auf Großpolen und Ostpreußen allein, sondern erstreckt sich auch auf ganz Deutschland, wir können also in Schlesien, in Westfalen und in Berlin selbst, überall, wo nur eine zahlreichere polnische Kolonie besteht, handeln. Wir haben darin Leute verschiedener Schichten und Berufs und die Mitglieder wenden sich an verschiedene Bureaue und Abteilungen der „Straz" in allen ihren Angelegenheiten. Die meisten, nämlich 568 Fälle hatten wir beim Rechtsschutz gegen allerlei Regierungsschikanen. Es gibt auch ein Organisations-, ein Preß- und Arbeitsnachweisbureau und alle haben vollauf zu tun.

Im Vergleich zu der hakatistischen „Ostmark", welche die Förderung des Deutschtums bezweckt, stehen wir viel besser da; diese hat in zehn Jahren über dreißigtausend Mitglieder, also nur wenig mehr, wie wir in einem Jahre.

Und ist der Streit wegen der Landschacherei schon beendet?

Er hat aufgehört, hinterließ jedoch eine Erbitterung, welche sich den Seelen einiger zu unrecht Gebrandmarkter eingeprägt hat. Dies schadet immer noch etwas, dafür aber sammeln sich andere unter den Fittichen des Strazvereins und schließlich werden auch jene sich wieder besänftigen. — Die Geistlichkeit kann sich wohl infolge Befehls des verstorbenen Erzbischofs an der „Straz" nicht beteiligen? —

Nicht nur, daß sie sich nicht beteiligen darf, sondern sie mußte auch aus dem Verein austreten. In dieser Sache erschienen nämlich zwei Erlasse. In dem ersten wurde den Geistlichen befohlen, die Starostenämter niederzulegen, in dem anderen, aus dem Verein gänzlich auszutreten. Aber austreten und helfen, das sind zwei verschiedene Dinge. Die, welche als Starosten jährlich 20 Mark zahlten, zahlen nach ihrem Austritt aus dem Verein 40 Mark. — Hat der verstorbene Herr Erzbischof die Verbote unter dem Druck der Regierung erlassen? — Ich glaube es nicht. Dem Drucke hätte er sich sicherlich widersetzt. Er tat es aus Furcht vor der Hervorrufung eines neuen Kulturkampfes. Er wollte die Verantwortlichkeit für eine noch größere Bedrückung nicht auf sich nehmen. Die Befürchtungen, welche mit ihm auch noch andere teilen, sind, meiner Ansicht nach, unbegründet.

Die Regierung, welche in Rom verschiedene Schritte tut und die Unterstützung der Vatikans verlangt, wird uns als Katholiken nicht bedrücken. Ihr geht es um die Unterdrückung des Polentums, nicht des Katholizismus, denn gegen den Katholizismus kämpfend, würde sie uns noch mehr entschiedene Bundesgenossen in dem katholischem Zentrum schaffen. Dies habe ich zu verschiedenen ängstlichen Leuten geäußert.

Der verstorbene Erzbischof ließ sich jedoch bis an sein Lebensende dadurch betören, daß die Regierung doch noch einmal zu der Ära Caprivis zurückkehren werde. Von der Täuschung sind wir längst geheilt.

— Da wir von dem verstorbenen Erzbischof sprechen, welcher Meinung sind Sie über die Angelegenheit seines Nachfolgers? —

Ich bin seit längerer Zeit auf Reisen, ich konnte infolgedessen nicht einmal bei dem Begräbnis des Erzbischofs sein, was mir unangenehm ist. Ich weiß also das, was ich in den Zeitungen lese, doch bin ich überzeugt, daß die Regierung sicherlich einen zweiten Stablewski nicht ernennen wird.

Einen Deutschen, wie den verstorbenen Dinder, den ich von der Schulbank her kannte, hält es schwer, namentlich jetzt in der blühendsten Periode des Hakatismus, zu bekommen. Dinder war ein Mann und ein Priester von höchstem Wert und hochgeachtet, er sprach auch polnisch, obwohl er mit den Schwierigkeiten der Sprache zu kämpfen hatte.

Ich las in den Blättern von dem Prinzen Maximilian von Sachsen als dem mutmaßlichen Nachfolger. Ich kenne ihn von der besten Seite; auch die Polen, die Professoren der Theologie und seine Kollegen auf Schloß Freiburg loben ihn. Er spricht jedoch nicht polnisch, ob er aber bei seinen mehr als 30 Jahren die Sprache wird erlernen wollen, weiß ich nicht. Nachdem er Priester aus Neigung geworden und als Prinz von königlichem Geblüt auf die Karriere verzichtet, wird er wohl schwerlich in dem geistlichen Berufe nach einer Karriere trachten. Höchstens daß er sich dessen erinnert, daß seine Vorfahren Könige von Polen waren. Doch, wie gesagt, etwas Näheres darüber weiß ich nicht. Ich entsinne mich nur, daß vor Jahren, während einer schweren Erkrankung des Erzbischofs v. Stablewski, als man dessen Tod befürchtete, der Kaiser unter den Deutschen, in Rom ansässigen Benediktinermönchen nach einem Kandidaten für den erzbischöflichen Stuhl suchte. Der Mönch verweigerte jedoch die Annahme der Würde.

— Wie ist hier ein Ausweg zu finden, denn es muß doch einmal zur Ernennung eines Nachfolgers kommen?

Meiner Ansicht nach ist es am besten, sich damit nicht zu beeilen, sondern ... zu warten.

Überlieferung und Grundsatz der römischen Politik ist: „abwarten". Möge sie warten und sich in dieser Angelegenheit nicht beeilen. Ein Bischof ist Verwalter, es drängt also nichts und das Warten kann die Lösung herbeiführen. Das Warten ist um so angezeigter, als die Ernennung eines Deutschen verhängnisvoll werden könnte. Unser Volk ist katholisch und gläubig, aber nicht so sehr fromm. Die Erbitterung gegen den in unsere Kirchen und durch die Kirchen sich eindrängenden Germanismus ist eine große. Ein deutscher Erzbischof könnte auf Widerstand stoßen und — ein Schisma hervorrufen.

Rom ist informiert, und wenn es nötig wird, werden wir ihm noch mehr genaue Information geben.

Doch genug darüber, warten wir ab, was uns die Zukunft bringen wird. Nun werde ich aber fragen, weshalb helfet ihr in Galizien nicht uns, sondern den Deutschen und weshalb nehmet ihr euch euerer Sachsengänger nicht an und beschützt sie nicht? —

Es gibt bei uns Beratungen, Klagen und Verhandlungen über die ständige Massenauswanderung nach den überseeischen Ländern und nach Sachsen zur Genüge. Die verschiedenen Arten der Auswanderung wurden klassifiziert, deren Ursachen und Folgen genau geprüft, ganze Stöße von Zeitungspapier und Broschüren über die Auswanderung vollgeschrieben, aber, wie gewöhnlich, niemand hat sich der Sache praktisch angenommen, auch nicht die schönen Theorien in die Tat verwandelt. Ich weiß nicht, ob überall, aber in unserem Landesteil ist dieser Fehler allgemein und in

seinen Folgen schädlich. Die Wurzel des Übels steckt zweifellos darin, daß die Auswanderungsangelegenheit als eine menschenfreundliche Sache, als ein Werk der öffentlichen Wohltätigkeit behandelt wird. Vorübergehend finden sich die Mittel oder jemand widmet aus menschenfreundlichem Triebe der Sache einige Stunden Zeit, aber jede Wohltätigkeit hat ihre Grenzen, obendrein solche, die von unberechenbaren Ursachen abhängig sind.

Wenn der Schutz der Auswanderer dauernd, energisch und erfolgreich sein soll, dann muß er sich auf feste und sichere Einnahmequellen stützen, bezahlte Vermittler haben, die nicht aus Gnade dieser Angelegenheit ihre freie Zeit opfern, sondern aus Berufspflicht, gegen feste Entschädigung die ganze Auswanderungsbewegung überwachen. Den Anfang machte der Landtag, indem er die Errichtung unentgeltlicher aus öffentlichen Mitteln unterhaltener Arbeitsnachweisbureaus beschloß. Der Anfang ist also gemacht worden und ich hoffe, daß es in Zukunft besser sein wird.

Ich verstehe aber nicht, weshalb uns der Vorwurf trifft, daß wir den Deutschen und nicht unseren Landsleuten in Großpolen helfen?

— Die Sache ist ganz einfach. Eure Auswanderer gehen als Sachsengänger auf deutsche Vorwerke, wir polnischen Landwirte aber brauchen gleichfalls Landarbeiter, und wir haben sie entweder gar nicht oder zu wenig. Wir würden ebensoviel und stellenweise noch mehr, wie die Deutschen, bezahlen, indes helfen die polnischen Arbeiter aus Galizien den Deutschen und lassen uns im Stich. Ihr müßtet deshalb namentlich in den Volksblättern auf unsere Auswanderer dahin Einfluß ausüben, daß sie sich in erster Linie an uns wendeten, und insoweit wir nicht für alle Arbeitskräfte Verwendung haben sollten, mögen sie zu Fremden gehen.

— Nun verstehe ich den Vorwurf, daß wir euch nicht helfen, doch werde ich mich durch die letzte Frage schützen: „Habet ihr euch deshalb an uns und an unsere Arbeitsvermittelungsbureaus gewendet?" —

Ich will dies aber durch euer Blatt tun, und ich werde mich durch euch an alle polnischen Blätter, namentlich aber an die Volkspresse. Schreibet an eure Auswanderer und teilet ihnen mit, daß, falls wir uns bei unserem Grund und Boden erhalten wollen, woran doch auch euch gelegen ist, sie in erster Linie zu den Sommerarbeiten auf die mit der Ansiedelungs-Kommission kämpfenden polnischen Vorwerke kommen müßten, auf denen, außer den gleichen oder besseren materiellen Bedingungen, sich auch eine angenehmere, nationale Umgebung und ein aufrichtig brüderliches Wohlwollen findet. Und wen wir bei uns nicht unterbringen, dem werden wir bei guten Nachbarn Arbeit verschaffen. —

Nachdem er die Versicherung gegeben, daß die Redaktion des Glos Narode diesen Wunsch erfüllen und in dieser Angelegenheit nach ihren Kräften mithelfen werde, bedankte sich unser Mitarbeiter für die freundliche Aufklärung und verließ den geehrten Vorsitzenden des Straschvereins.

Aus Nr. 186 des Słowo Polskie (Lemberg) von 22. April 1907:

Zum Frühjahr.

Posen, den 19. April.

Das Osterfest trennte uns von der schweren, traurigen Winterperiode und eröffnete uns die Aussicht auf einen fröhlichen, sonnigen Frühling. Die sorgenbewölkte Stirn glättet sich, die bedrückte Brust atmet leichter auf und der Mensch blickt freudiger auf Natur und Leben. Besonders haben wir hier eine schwere Zeit durchgemacht: zum Schutze der wesentlichsten Unterlagen der Existenz gezwungen, haben wir einen schweren Kampf auf Leben und Tod um die Seele des polnischen Kindes, um das Polentum unserer künftigen Geschlechter, um unsere ganze Zukunft unternommen. Der Kampf war ungleich, dem mächtigen, geschlossenen Drucke der vielleicht energischsten, von einer nach Millionen zählenden deutsch-preußischen Gesellschaft unterstützten Staatsorganisation in Europa konnten wir nur eine sittliche Macht der an ihrer Religion und Nationalität hängenden polnischen Kinder entgegenstellen. Und doch endete die erste Periode dieses Kampfes, wenn auch nicht gerade mit einem glänzenden Siege, so doch jedenfalls mit einer ehrenvollen Erhaltung der bedrohten Posten. Unsere Reihen verwirrten sich zwar manchmal, sie zogen sich sogar mitunter zurück und die deutschen Blätter verkündeten urbi et orbi das Ende des Schulstreiks und den Sieg der Regierung, aber das war nur vorübergehend, wir treten ungebeugt und die Fahne des nationalen Widerstandes hochhaltend, in die neue Periode ein.

Kurz vor Ostern schien es wirklich, als ob der Streik nachlasse; das von der Regierung zur Anwendung gebrachte terroristische System, namentlich die Entlassung der Gymnasiasten, die Drohung mit Zurückbehaltung der Widerspenstigen über das 14. Lebensjahr in der Schule und die Aussicht auf Nichtversetzung, schüchterten viele Eltern und Kinder ein und die Zahl der Streikenden verringerte sich zweifellos, obwohl die von der deutschen Presse gebrachten Ziffern vollständig phantastisch waren. Der kritische Augenblick ist jedoch noch nicht vorüber, der Streik hat sich erhalten und nimmt gegenwärtig wieder bedeutend zu.

Derartige Nachrichten gehen aus verschiedenen Gegenden: aus Schroda, Bartschin, Schwarzenau, Dobrzyca, ferner, was sehr interessant ist, aus den bereits stark germanisierten nördlichen Teilen der Provinz Posen, aus den Kreisen Czarnikau und Filehne ein.

Der Schulstreik wird, und das ist sehr wichtig, eine chronische Erscheinung, er kann zu- und abnehmen, er kann an Ausdehnung gewinnen oder verlieren, die Hauptsache ist die, daß er als eine feste Reaktion gegen die anormalen hiesigen Schulverhältnisse fortdauert. So wird es wahrscheinlich kommen; der Streik wird verschiedene Phasen durchmachen, er wird nachlassen und dann sich wieder beleben, aber er wird immer, wie der Krebs, das deutsche Schulwesen fressen und das ganze staatliche Schulsystem desorganisieren, bis schließlich die Regierung, zur Wahrung ihres Ansehens, früher oder später, in dieser oder jener Form wird nachgeben müssen.

In der Schulangelegenheit fand dieser Tage eine große Volksversammlung in Hohensalza statt, welche von dem, aus der Posener Generalversammlung her wohlbekannten Prälaten Laubitz einberufen wurde. Den direkten Anlaß zu der Versammlung gab das ungesetzliche Verhalten der dortigen Schulbehörden, welche sogar ihre eigenen gesetzlichen Vorschriften nicht beachteten.

Der berühmte Oberpräsidialerlaß vom Jahre 1879, der die tatsächliche Unterlage des ganzen heutigen germanisatorischen Erziehungssystems bildet, bestimmt aus-

drücklich, daß die polnischen Kinder der Unterstufe den Religionsunterricht in polnischer Sprache erhalten sollen.

Aber selbst dieses minimale, aus der Natur der Sache sich ergebende Zugeständnis ist für die Schulbehörden ein Dorn im Auge und oft kommen Fälle vor, in denen diese Vorschrift einfach nicht beachtet wird. So geschah es auch in allen Volksschulen in Hohensalza, niemand wußte aber, auf welcher Grundlage. Erst während eines Schulprozesses brachte der als Zeuge vernommene Regierungsvertreter den Grundsatz an den Tag: „Die Bromberger Regierung ist der Ansicht, daß die betreffende Vorschrift sich lediglich auf die rein polnischen Kinder beziehe, als solche jedoch nicht Kinder von Eltern, die seit Jahren in Hohensalza ansässig seien, betrachtet werden könnten, die der deutschen Sprache in hohem Grade mächtig seien!" Dies ist die preußische Auslegung der rechtlichen Vorschriften! Gegen eine derartige Deutung der Dinge erhob in der Hohensalzaer Volksversammlung der Prälat Laubitz energischen Einspruch, und die in einer Anzahl von 1200 Personen versammelten Familienväter unterstützten einmütig diesen Protest und faßten eine in männlichem Tone gehaltene Resolution.

Ein neues Pröbchen halsbrecherischer Kunstkniffe auf dem Gebiete der Rechtsdeutung lieferten die neuesten Prozesse wegen geistiger Abwesenheit in der Schule. zals die Polizei auf den Einfall kam, den Eltern Straf-Lmndate wegen Abwesenheit ihrer Kinder in der Schule uAustellen, obwohl diese tatsächlich anwesend waren und nur nicht antworten wollten, wurde dies als eine antipolnische Verirrung irgend eines Wahnsinnigen betrachtet. Jetzt hat das Schöffengericht in einigen Prozessen diese Mandate bestätigt, indem es sich der ganz ungeheuerlichen Auslegung bediente, daß die Versagung der Antwort bei dem Unterricht als geistige Abwesenheit, welche mit der körperlichen Abwesenheit gleichbedeutend ist, zu betrachten sei! Eine derartige Deutung überschreitet wirklich alle Grenzen sogar der preußisch-rechtlichen Lizenz, es ist deshalb daran zu zweifeln, ob die höheren Instanzen diese Urteile bestätigen werden. Diese stürmischen Übergänge der Winterperiode finden jetzt noch einen mächtigen Widerhall in den zahlreichen Prozessen gegen die Geistlichen wegen Aufreizung zum Schulstreik. In letzter Zeit wurden verurteilt: die Pfarrer Sniatala und Stankowski zu Geldstrafen, Hertmanowski zu 3 Monaten Festungshaft, freigesprochen die Pröpste Olszerski und Miackowski. Diese Prozesse, aus welchen stets die Schulbehörden, namentlich aber die Lehrer in schlechtestem Lichte hervorgehen, reizen natürlich noch mehr den Widerstandsgeist der Bevölkerung, welche die aus dem Gerichte heimkehrenden Geistlichen als Triumphatoren begrüßt. Außerdem haben wir natürlich tagtäglich Prozesse gegen Zeitungsredakteure wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Behörden, dann wieder wegen groben Unfugs oder Beleidigung irgend eines Schulmeisters und verschiedener anderer Übertretungen, die nur der preußische Richter in den Ostmarken kennt. Trotzdem erfüllt die Presse tapfer ihre Pflicht und Schuldigkeit und läßt sich weder durch Gefängnisstrafen ihrer Redakteure, noch durch Geldstrafen abschrecken.

In Berlin hat die Frühlingsstimmung weder das Antlitz der Abgeordneten, die nach den Feiertagen zu ihrer parlamentarischen Arbeit zurückgekehrt sind, noch das der Regierung, die sowohl in der inneren, als auch in der äußeren Politik lauter Enttäuschungen erfahren, aufgeheitert.

Sogar in dem preußischen Landtage, diesem von allen gefügigsten gesetzgeberischen Körper, erlitt die Regierung eine Niederlage und zwar gerade in der polnischen Frage, eine um so unangenehmere, als ihre großartigen Pläne hinsichtlich der Enteignung, die so gründlich die Ansiedelungsfrage entscheiden sollte, an dem Widerstande der besten Freunde der Regierung, den Konservativen, scheiterten. Obendrein macht die bisherige Ansiedelungspolitik ein vollständiges Fiasko, und ihr Bankrott tritt täglich immer mehr in die Erscheinung. Dies zeigte sich in der Budgetkommission bei den Beratungen über den Ansiedelungsetat. Der Rechenschaftsbericht des Abgeordneten Wammhof ließ keine Zweifel darüber, daß die Erfolge der heutigen Ansiedelungspolitik immer schlechter und die Ausgaben immer größer sind. An Stelle der Enteignung kündigte die Regierung an, daß sie sich irgendwelche andere Rechte gegen die polnischen Grundbesitzer werde übertragen lassen, sie tat dies jedoch in einer sehr unklaren Form — wahrscheinlich ist sie sich selbst vorläufig nicht recht klar darüber. Deshalb ängstigen uns diese Ankündigungen und Drohungen nicht, wir blicken mit Zuversicht in die Zukunft und begrüßen mit erhobenem Haupte — den Frühling und zweifellos in einer besseren Stimmung als die Regierung, deren Horizont sich von allen Seiten bewölkt.

Aus Nr. 198 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 29. April 1907:

Für die Opfer des Posener Schulstreiks.

Die Lemberger Kreditbank überwies zu Händen des Dr. St. Bal, als des Mitgliedes des betreffenden Komitees, einen Betrag von 200 Kronen für die Opfer des Schulstreiks in der Provinz Posen. Dies ist ein nachahmenswertes Beispiel für Finanz- und ähnliche -anstalten und zwar ein um so angenehmeres, als es beweist, daß die Sorge für die Opfer des Streiks nicht nachläßt, daß viel getan wird, um denen unter die Arme zu greifen, die dessen sehr benötigen. Wie wir wissen, wird im Stadttheater die Aufführung eines Theaterstücks für diesen Zweck geplant, denn am 8. Mai will der dramatische Verein, unter persönlicher Mitwirkung des bekannten Schriftstellers, einen Gorczynski-Abend veranstalten — es wäre nur zu wünschen, daß das gute Beispiel wirken möchte und daß man nicht das Nötgste, die augenblickliche Hilfe außer acht lasse.

Aus Nr. 111 des Kuryer Warszawski (Warschau) vom 23. April 1907:

. . . . Es pocht ihm das Herz.

Jener „große Kanzler" hat sich gerühmt, daß die Deutschen nur Gott fürchten, sonst nichts auf dieser Welt. Diesen aufgeblasenen und unsinnigen Aphorismus dieses alten Fuchses von Diplomaten wiederholten später die verschiedenen Geschöpfe Bismarcks mit Wohlgefallen, indessen war das Pharisäertum nicht imstande, weder die Wahrheit umzukehren, noch das Licht mit schmutziger Faust zu verdunkeln. Und schließlich bekräftigte sich bei den Völkern eine Ansicht, die die Behauptung Bismarcks auf die einzig richtige Art korrigierte: „Wir Deutschen fürchten alles und alle auf der Welt — außer Gott!"

Die Politik ist nicht der Boden, der dazu geeignete ist, die idealen Elemente des Lebens zu pflegen. Gewöhnlich lautet der Vorteil die Politik und die Rücksichtslosigkeit ersetzt die Ethik. Aber auch hierbei pflegt zuzeiten eine gewisse Dosis Zurückhaltung, eine gewisse Grenze am Platze zu sein, die vom Ehrgefühl und von der internationalen Ehrenhaftigkeit festgesetzt wird, die zwar elastisch ist, aber immerhin vom Anschein der Achtung umschlossen ist. Aber wenn irgend eine Politik sogar dieser äußeren Faktoren der Ethik beraubt ist, so ist es

die verpreußte deutsche Politik. Und es kann nicht anders sein. Ein Staat, der wie Preußen nur aus Räubereien entstanden ist, kann nur leben, wenn er die politischen Schwindeleien fortsetzt und noch raffinierter gestaltet.

Diese Motive muß man bei der Beurteilung der neuesten Gerüchte von der Newa beachten. Es handelt sich hier nicht um ein Moralisieren, das in diesem Falle zwecklos und überflüssig wäre, sondern darum, sich eine Ansicht über die Glaubwürdigkeit der Informationen zu bilden, die uns so nah und so lebhaft angehen. Und die angeführten Gründe sprechen deutlich für die Echtheit der gestrigen Petersburger Gerüchte.

Als vor einem Jahre Gerüchte von den Okkupationsgelüsten der Preußen in bezug auf das Königreich Polen im Umlauf waren, schenkten wir diesen keinen Glauben und zwar, wie es sich dann gezeigt hat, mit Recht. Eine bewaffnete Okkupation aber, die unberechenbare Folgen nach sich ziehen kann, ist nun etwas anderes wie eine Intrigue hinter den Kulissen, besonders, wenn sie von Beweggründen der reinen Furcht geleitet wird.

Es ist Tatsache, daß Preußen die polnische Angelegenheit für die größte ihm drohende Gefahr hält. Es behandelte sie mit geringerer Reizbarkeit, als die Macht des geeinten Kaiserreiches in Europa regierte; von der Zeit aber, als der Glanz des siegreichen Schwertes der Germania erblaßte, wurden die Anstrengungen der preußischen antipolnischen Aktion immer größer und sie haben den höchsten Punkt in dem gegenwärtigen Augenblick erreicht, in welchem die internationale politische Konstellation eine für Deutschland direkt bedrohliche Form angenommen hat.

Es ist dies eine sehr bezeichnende Erscheinung, als sie anscheinend unabhängig von der gegenwärtigen Kenntnis der politischen Tendenzen erscheint und in die Augen fällt, allein hervorgerufen durch die Kraft der Logik der Weltgeschichte.

Die Situation hat den kritischen Punkt erreicht. In dem Augenblick, in welchem im Westen eine Koalition von Kräften, die darauf hinzielen, dem deutschen Übergewicht endgültig ein Ende zu machen, das Licht der Welt erblikt hat, entsteht im Osten ein Bild, das stets die Seele der Kreuzritter mit Grauen erfüllt hat. Ein autonomisches Königreich Polen bedeutet für Preußen nicht nur eine Verstärkung der Nation, welcher es den Untergang geschworen hat, es bedeutet zugleich eine Wiedergeburt und Umgestaltung Rußlands, eine Kräftigung seines Organismus durch die lebenspendenden Säfte einer rationellen Staatsordnung, die eine Zukunft verbürgt. Das ist die Morgendämmerung für das ganze Slaventum und der Schlüssel zum Lösen der geschichtlichen Probleme. Kann denn Preußen dies gleichgültig ansehen und soll es nicht versuchen, ein so großes Werk zu durchkreuzen? Das wäre eine Verleugnung seiner Traditionen, seiner ganzen Natur. Deshalb bezweifeln wir auch durchaus nicht die preußischen Intriguen gegen die Autonomie Polens, wenn man sie auch hundertmal amtlich dementieren würde.

Beim Abwägen und Kommentieren dieses Gegenstandes kann also nur der Erfolg der Kampagne allein in Frage kommen, von der die weitere Entwickelung der Ereignisse abhängen wird.

Wenn Wahrheit und Verstand zu Worte kommen würden, dann könnte das Resultat nicht zweifelhaft sein. Rußland hat doch Deutschland bereits genügend Dienste geleistet und könnte schließlich soviel Selbstbewußtsein, soviel Selbsterhaltungstrieb errungen haben, um nicht mehr in der schmutzigen Gemeinschaft mit dem Bösen herumzuwaten, die gegenüber dem Slaventum eine Fortsetzung des Verrats ist, inbezug auf sich selbst aber ein selbstmörderischer Angriff. Es wäre wirklich Zeit, daß die russische Politik aufhören möchte, die Handlangerin der verkehrten preußischen Politik zu sein; es wäre an der Zeit, daß sie sich dem hypnotischen Einfluß entzieht, der sie immer auf Abwege führt. Heute bedarf es hierzu nicht einmal eines großen Heroismus; große und vorteilhafte Bündnisse sind in Vorbereitung und eine große Zukunft steht zu erwarten. Es genügt, mit der Hand nach dem leuchtenden Schicksal zu greifen. Selten wird sich in der Geschichte das Beispiel einer so günstigen Konjunktur unmittelbar nach so großen Erschütterungen und Niederlagen finden und Rußland könnte sich über die Gunst des Schicksals und über seinen glücklichen Stern freuen. Leider bewirkt es die Tragik des Lebens, daß sowohl Menschen als auch Nationen und Staaten, mit Blindheit des Verstandes und Geistes geschlagen, mit eigener Hand das Gute von sich stoßen, das ihnen in den Weg tritt und — im Verfall stecken bleiben.

Das gleiche bemühen sich heute die Pfleger des von der Geschichte verdammten Regierungssystems zu vollbringen, das anscheinend noch dazu am Leben ist, um das Maß seiner Sünden vollzumachen.

Das ist der Fluch der bösen Tat.

Aber überlassen wir uns nicht dem Zweifel. Vielleicht wird an der entscheidenden Stelle im entscheidenden Augenblick noch der gesunde Instinkt siegen. Was aber auch immer kommen mag, es wird uns nicht unvorbereitet treffen; wir sind bereit, wie wir es auch bis jetzt waren, gute oder schlechte Zeiten zu ertragen.

Unsere Zeit wird auch kommen.....

K. W.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.